Thorner Presse.

Abonnementspreis
für Thorn nebst Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando.
für Auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.

Ausgabe
täglich 6½ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstraße 204.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstraße 204, Annoncen-Expedition „Invalidendank" in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr Mittags.

Nro. 35. | Donnerstag den 11. Februar 1886. | III. Jahrg.

ψ Aus dem freisinnigen Zaubersalon.

Mit der Gewandtheit von Taschenspielern verstehen es die Leiter der Agitation gegen das Branntweinmonopol, nicht nur je nach Wunsch und Bedarf Gründe und Beweise zu wechseln, sondern auch aus den widersprechendsten Behauptungen einen Strick gegen das Monopol zu drehen. „Falsch Gebild und Wort — Verändern Sinn und Ort" ist die Zauberformel Mephistos in Auerbachs Keller, die haben sie sich trefflich eingeübt.

In dem vom Reichsblatt herausgegebenen Flugblatt: „Was das Monopol bedeutet" heißt es: durch das Monopol wird das Getränk des armen Mannes, — so nannte es der Kanzler — sehr bedeutend vertheuert. Ein Liter Trinkbranntwein mit ungefähr 33 Prozent Alkohol kostet jetzt in einer Destillation etwa 40 bis 45 Pfennig; nach der preußischen Vorlage soll der Bundesrath für den reinen Branntwein einen Verkaufspreis von mindestens 2 Mark und höchstens 3 Mark für das Liter d. h. also, da aus 1 Liter reinem Branntwein 3 Liter Trinkbranntwein hergestellt werden, von mindestens 66 Pfennig und höchstens 1 Mark für das Liter Trinkbranntwein festsetzen." Wir sehen davon ab, daß diese Rechnung nicht zutrifft. Thatsächlich kostet ein Liter Branntwein jetzt mehr als 45 Pfennige im Durchschnitt, nach den preußischen Erhebungen kostet er in der Monarchie durchschnittlich 91 Pfennige im glasweisen Ausschank und 49 Pfennige im sonstigen Kleinverkauf. Aber einerlei, der arme Mann ist gewonnen, wenn man ihm sagt, daß sein Getränk wesentlich vertheuert werden soll.

Ganz entgegengesetzter Meinung ist scheinbar die Freisinnige Zeitung Eugen Richters: Sie rechnet nach den Motiven der Vorlage aus, daß nur der Flaschenverkauf unter dem Monopol vertheuert werden solle, „während der glasweise Ausschank sich durchschnittlich nicht theurer gestalten wird, als jetzt". Nun sollte man nach gewöhnlichen Begriffen wohl meinen, daß sich hieran die Folgerung knüpfen werde: also der arme Mann hat gar keinen Nachtheil vom Monopol, vielmehr einen Vortheil, da er für denselben Preis ein fuselfreies Schnäpschen erhält. Da käme man aber schön an bei dem Manne, der die Gründe gegen das Monopol diktirt. Nein, er läßt also fortfahren: „Damit führt das Monopol eine Prämie ein für den persönlichen Besuch der Branntweinschänken — ein eigenthümliches Mittel, der Völlerei und Trunksucht entgegenzuarbeiten.

Vertheuert das Monopol den Trinkbranntwein, so erscheint sofort der arme Mann auf der Bildfläche; läßt es dieselben Preise bestehen, flugs verändert sich die Kouliſſe und man sieht den kaiserlichen Adler, thronend über Völlerei und Trunksucht. In einem wie im anderem Falle arbeitet der Zauberkünstler auf tiefe sittliche Entrüstung hin.

Wäre die Freisinnige Zeitung aufrichtig, so würde sie ihrer ganz richtigen Behauptung, daß der Trinkbranntwein unter dem Monopol nicht theurer zu stehen kommen werde, die Angabe hinzufügen, daß das Monopol durch Einschränkung der Schankstellen der Völlerei und Trunksucht wirksam zu begegnen geeignet ist. Aber die Erwähnung der Einschränkung der Schankstellen ist ein nothwendiges Requisit zu einem anderen Kunststück. Für den Schankwirth muß auch noch ein Argument übrig bleiben, nachdem man den armen Mann und den Feind der Trunksucht durch falsche Vorspiegelungen befriedigt und gewonnen hat. Sobald der Schankwirth an die Reihe kommt, ist die Einschränkung der Schankstätten eine der allerbedenklichsten und schädlichsten Seiten des Monopols. Man hat nun glücklich drei Heerhaufen geworben, an der Spitze der armen Leute marschirt Herr Rickert, der Gönner des Reichsblatts, die Führung der Gegner der Trunksucht könnte füglich zwischen Herrn Braun, dem vorzüglichen Weinkenner und Herrn Alexander Meyer, dem Verfasser des geflügelten Wortes: „Das Bier, welches nicht getrunken wird, hat seinen Beruf verfehlt", getheilt werden, während natürlich der Höchstkommandirende Richter die Schnapswirthe in seine besondere Obhut nimmt.

Nun mag der verhaßte Kanzler mit seinem Monopol nur kommen, die Opposition ist gewappnet, das Monopol taugt ganz und gar nichts: 1. weil es den Schnaps vertheuert, 2. weil es ihn nicht vertheuert, 3. weil es die Schnapsschenken begünstigt, 4. weil es die Schnapsschenken benachtheiligt. Probatum est und wer's nicht glaubt, bekommt einen Freischnaps, und wenn auch das nicht hilft, so ist er ein ganz serviler Bismarckdiener und trauriger Verächter der wahren Volkswirthschaft.

Beförderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen.

Dem Abgeordnetenhause ist folgender Gesetzentwurf, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen zugegangen:

§ 1. Der Staatsregierung wird ein Fonds von 100 Mill. Mark zur Verfügung gestellt, um zur Stärkung des deutschen Elements in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisirende Bestrebungen durch Ansiedelung deutscher Bauern und Arbeiter 1. Grundstücke käuflich zu erwerben, 2. soweit erforderlich, diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen, a) aus der erstmaligen Einrichtung, b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angekauften oder auf sonstigen, dem Staate gehörigen Grundstücken errichtet werden.

§ 2. Bei Ueberlassung der einzelnen Stellen (§ 1) ist eine angemessene Schadloshaltung des Staats vorzusehen. Die Ueberlassung kann in Zeitpacht oder zu Eigenthum erfolgen.

§ 3. Die Verträge, welche der Staat als Schadloshaltung (§ 2.) erhält, fließen zu dem in § 1 bezeichneten Fonds.

§ 4. Zur Bereitstellung der Summe für die im § 1 gedachten Verwendungszwecke sind Schuldverschreibungen auszugeben. Wann, durch welche Stelle und zu welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuße, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im Uebrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dzbr. 1869 (Gesetzsammlung S. 1197) zur Anwendung.

§ 5. Die aus Anlaß der §§ 1 und 2 dieses Gesetzes stattfindenden Akte der nicht streitigen Gerichtsbarkeit, einschließlich der grundbuchrichterlichen Thätigkeit, sind stempel- und kostenfrei.

§ 6. Dem Landtage ist jährlich über die Ausführung der §§ 1 bis 4 dieses Gesetzes Rechenschaft zu geben.

§ 7. Die Ausführung dieses Gesetzes wird, soweit solche nach den Bestimmungen des § 4 nicht durch den Finanzminister erfolgt, einer besonderen Kommission übertragen, welche dem Staatsministerium unterstellt ist. Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung dieser Kommission, welcher je 2 Mitglieder der beiden Häuser des Landtags angehören sollen, sowie über den Sitz, den Geschäftskreis und die Befugnisse der Kommission, erfolgen im Wege Königl. Verordnung.

Politische Tagesschau.

Aus der Mitte der Reichstagsmehrheit wird bei jeder Gelegenheit mit Emphase versichert, daß die Behandlung der Ausweisungsfrage wie der Abstriche im Marineetat u. s. w. dem Ansehen dieser Mehrheit in keiner Weise geschadet habe. Dr. Windthorst glaubte sogar ein Steigen desselben zu bemerken. Gleichwohl tritt man, wo es nur irgend geht, jetzt so gut den Rückzug an, wie nach dem 15. Dezember 1884. Die Herren v. Franckenstein und Rickert haben die Bewilligung von 600 000 Mark zum Bau eines Aviso nunmehr beantragt, nachdem sie die Kosten in zweiter Lesung abgelehnt. Allerdings versagen sie sich die Genugthuung nicht, 200 000 Mark weniger zu geben, als die Reichsregierung verlangt. Aber sie thun den geschehenen Schritt denn noch zurück. Wenn das Ansehen des Reichstages wirklich „gestiegen" wäre, hätten sie dazu offenbar keinen Anlaß. Sie wissen aber recht gut, daß das Gegentheil der Fall ist. Von neuen Thorheiten hält sie diese Einsicht allerdings nicht ab, wie ihr jüngstes Vorgehen in Sachen der ägyptischen Anleihe zeigt; allein „ein Schelm machts besser als er kann." Die Mehrheit hat nun einmal die „Direktive verloren", wie es in der Studentensprache heißt, — und wenn die einmal weg ist, läßt sie sich nicht wieder finden.

Das geringe Verständniß, um nicht einen schärferen und allerdings vielleicht treffenderen Ausdruck zu gebrauchen — welches ein Theil der deutschen Presse für das Interesse der deutschen Industrie zu zeigen gewohnt ist, tritt recht kraß in den Mittheilungen zu Tage, welche ein be—kanntes Demokratenblatt über die in Deutschland gebauten chinesischen Kriegsschiffe verbreitet hat. Es ist nachgewiesen, daß englische Blätter zuerst die erlogenen Nachrichten brachten. Ohne Rücksicht auf diese von vornherein doch schon trübe Quelle gaben freihändlerische Blätter sich zur Weiterverbreitung der falschen Darstellungen her, ohne Rücksicht auch darauf, daß sie dadurch im Interesse der ausländischen Konkurrenz das Interesse der deutschen Industrie schwer gefährdeten. Sie schäumen über vor sittlicher Entrüstung, diese freihändlerischen Organe, wenn man ihnen vorhält, ihr Gebahren sei oft das gerade Gegentheil von dem, was man „national" zu nennen gewohnt ist, und doch lassen sie keine Gelegenheit vorübergehen, oder richtiger sie schaffen sich durch Verdächtigungen und Entstellungen selbst die Gelegenheit, um die vaterländische Industrie zu schädigen, das Wohl Hunderttausender ehrlicher, braver, fleißiger deutscher Arbeiter zu gefährden. Im vorliegenden Falle ist es allerdings rasch gelungen, das Lügengewebe zu zerstören — von kompetenter Stelle ist der Nachweis erbracht, daß die beiden in Deutschland gebauten chinesischen Kriegsschiffe tadellos hergestellt sind — aber nicht immer gelingt es so schnell und sicher, die Feindseligkeiten abzuwehren. Deutschland allein ist es vorbehalten, daß ein Theil der Presse gegen die eigene Industrie des Vaterlandes wüthet. . . .

Richter's „Freisinnige Ztg." schreibt: „Die Zeitung für Spiritusindustrie, welche während einiger Nummern eine neutrale Haltung einnahm, erdreistet sich jetzt wieder, für das Monopol in jeder Weise Propaganda zu machen." Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig.

Herr E. Richter thut in seiner „Freis. Ztg.", als ob er von dem Fiasko eines gegen die Haltung der Reichstagsmehrheit beabsichtigten „Entrüstungssturmes" überzeugt wäre und auch der Abg. Rickert hat am 6. d. M. im Abgeordnetenhause eine dahinziehende Aeußerung gethan. Uns ist von einem solchen Fiasko nichts bekannt. Der Reichskanzler hat eine große Anzahl

---

Verlorene Ehre.

Roman von W. Höffer.

(Nachdruck verboten)

(Fortsetzung.)

„Das freut mich, Julius", sagte sie gedehnt. „Ich habe nichts gegen das Mädchen, aber Du brauchst eine reiche Frau — meine Pläne für Dich sind fix und fertig — wenn Du mich machen läßt, so kann Dir das Gelingen nicht fehlen."

Doktor Hartmann blieb sehr ruhig.

„Für's Erste wäre wohl noch nicht an's Heirathen zu denken, liebe Tante", sagte er gleichgültig.

„Weil Du wenig oder garnichts verdienst? Mein bester Junge, gerade deshalb! — Heirathe Dich in eine angesehene Familie hinein, kaufe vor dem Thor eine elegante Villa, fahre in in eigener Equipage und die Patienten kommen vou selbst."

Er wußte, daß sie recht hatte und daß sie die einzige Antwort, welche er ihr hätte geben können, doch nie verstanden haben würde, deshalb schwieg er ganz

Fräulein Haberland nickte zufrieden vor sich hin.

„Ich habe bereits ein bestimmtes Ziel im Auge, mein bester Junge", sagte sie, „zu Ostern würden wir die Hochzeit feiern können."

Jetzt erschrak er aber doch.

„Tante", bat er, „überlaß' das mir! Es wäre nicht der Reichthum, dem ich Zugeständnisse machen würde."

Das rothe Gesicht der alten Dame wurde noch röther.

„Apropos!" rief sie plötzlich. „Ich wollte mit Dir schon längst über Deine Sprechstunden für Unbemittelte ein ernstes Wort reden, Julius. Das geht, wie mir versichert wird, so von acht bis zehn Uhr jeden Morgen?"

„Ja", versetzte er lakonisch.

„Und da verbrauchst Du Salben und Pflaster, Tinkturen und Feuerung und Instrumente, Gott weiß, was alles, ohne einen Pfennig zu verdienen?"

Doktor Hartmann stand auf, sein hübsches Gesicht war blaß geworden.

„Du leihst mir das alles, Tante", versetzte er gepreßt. „Ich weiß es — aber vielleicht kommt der Tag, an welchem ich im Stande bin, Dir dies und anderes zurückzuzahlen; — vielleicht würdest Du im Angesicht all des Jammers, von welchem die Menschheit Jahr um Jahr decimirt wird, genau so handeln, wie ich es selbst thue. Soll meine Wissenschaft den Unglücklichen gegenüber geizen, nur weil sie arm sind? Braucht nicht gerade der Mittellose seine Gesundheit nothwendiger als sonst irgend Jemand? Ein Arzt ist kein Krämer, der um den Gewinn feilscht."

„Der aber doch leben will!" rief erbost die alte Dame. „Bin ich Dir etwa schuldig, Dich zu ernähren und nebenbei Deine kostspieligen Liebhabereien zu bezahlen, mein Herr Neffe?"

„O, Finchen, Finchen!" bat weinend die Kranke.

„Schweig' ganz still, Ida! Hast Du es denn jemals verstanden, zu rechnen? Alle vernünftigen Menschen widerriethen es Dir, Deinen leichtsinnigen, thörichten Mann zu heirathen, aber Du mußtest partout Deinen Willen durchsetzen — und was folgte daraus? Armuth und Elend an allen Ecken! Wer war es, die ihre ganze Jugend Dir und Deinem Kinde geopfert hat? Wer war es, die ihr bischen Armuth bis auf den heutigen Tag mit Euch theilte?"

Der Doktor trat in plötzlich aufflammender Erregung hart an den Sessel seiner Tante, die alte Dame stattlich überragend, sodaß sie zu ihm aufsehen mußte.

„Du, Tante", versetzte er nachdrücklich, „Du allein — aber jetzt frage ich meinerseits: Wer war es, der seit seinen Knabenjahren lieber Holzhacker gewesen wäre, als das Geschöpf Deiner Barmherzigkeit? Wer hat schon als kleines Kind hören und bitter empfinden müssen, daß ihm jedes Stückchen Brod geschenkt wurde?"

Fräulein Haberland hob ihre beiden gefalteten Hände zum Himmel.

„O Du guter Gott! Und das sagt mir Der, den ich auf meinen Armen großgewartet habe, der alles, was er ist, nur durch mich wurde!"

„Julius"' rief außer sich die kranke Frau, „willst Du mich tödten?"

Aber er hörte nicht. Der Sturm durchwühlte die Tiefen, und auf der Oberfläche schlugen die Wogen fluthend, haushoch über alle Dämme.

„Du hast mich zum Gelehrten bestimmt, Tante", fuhr er fort, „hast mich — wahrscheinlich in vollkommen richtiger Beurtheilung meines Charakters — schon als Knaben „unser künftiger Doktor" genannt. Ich mußte, ehe noch meine eigene Stimme in Betracht kommen konnte, das Gymnasium besuchen und später die Universität — Alles trotz meiner inständigen Bitten um Freiheit, um das Recht der Selbstbestimmung! Du wolltest es, und Dein Wille war Gesetz. Aber aus dem einen Glied dieser Kette wuchs immer wieder auch das andere nothwendig hervor. Du miethetest mir, nachdem ich promovirt hatte, dies Haus, ja, Du bezahltest sogar die Zeitungsannonce und das Schild, Du kauftest die Instrumente, mit denen ich armen Unglücklichen Hülfe bringe. — Dein Sklave wurde ich von Tag zu Tag immer mehr. Wie Du dem erwachsenen Manne ohne Weiteres befehlen konntest, Dir über jedes verbrauchte Pfund Butter, über jedes Glas Bier Rechenverheirathen und ihm verbieten, anders als gegen baare Zahlung schaft abzulegen, wie Du mit ihm um Pfennige gestritten und genörgelt hast, so möchtest Du ihn jetzt gar nach Deiner Idee der Menschheit zu dienen — hier aber, an dieser Grenze, hört jede Nachgiebigkeit auf. Ich blieb, ich überwand mich bisher, um meiner armen Mutter willen, ich duldete ihr zu Liebe, aber jetzt kann ich es nicht mehr! Sorge für sie, Tante — die unglückliche Kranke ist außer Stande, Deinen despotischen Gelüsten den Weg zu verlegen — ich gehe mit dem nächsten besten Auswanderer-

von Kundgebungen in der genannten Frage erhalten, und voraussichtlich werden deren noch viele einlaufen. Mit einer künstlichen Mache hat das aber nichts zu thun. Will Herr E. Richter diese Bewegung zur Ruhe bringen, so brauchen er und seine Freunde im Reichstage nur eine dem nationalen Interesse entsprechende Haltung einzunehmen. Dann werden keine Adressen an den Reichskanzler mehr kommen. Zum Vergnügen beklagt sich Niemand über die Vertretung der Nation.

Zur ultramontanen Opposition gegen Bismarck bemerkt der päpstliche „Moniteur de Rome“: „Man darf dieser Polemik, welche durch taktische Erwägungen eingegeben ist, keine Bedeutung beilegen. Man hat diese Angriffe sich in Preußen stets wiederholen sehen, selbst am Vorabende einer Verständigung.“

In Moskau ist gestern der bekannte russische Schriftsteller und panslavistische Agitator Iwan Aksakow gestorben. Derselbe spielte eine hervorragende Rolle in den panslavischen Machenschaften, welche dem Ausbruch des serbisch-türkischen Krieges 1876 vorangingen, und galt als die Seele der Propaganda, welche mit Geld und Freiwilligen die Zwecke des Panslavismns während des Feldzuges zu fördern bestrebt war. Desgleichen unterhielt Aksakow Verbindungen nach Oesterreich hinein und gehörte zu den eifrigsten Befürwortern des 1877 zur Thatsache gewordenen russisch-türkischen Krieges.

In London ist es gestern zu überaus ernsten sozialdemokratischen Ausschreitungen gekommen. Im Anschluß an eine gestern in London auf Trafalgar Square unter Theilnahme von ca. 100 000 Personen stattgehabte sozialdemokratische Arbeiterversammlung ist es zu Straßenszenen sehr ernster Natur gekommen, denen gegenüber die öffentlichen Sicherheitsorgane sich vollständig unzulänglich erwiesen. Der Mob trat alle Achtung vor dem Rechte des Domizils, des Eigenthums unter die Füße, drang in die Häuser und Läden, verwüstete, plünderte ganze Straßenzüge und benahm sich überhaupt so, als ob über London urplötzlich das Regiment der Kommune hereingebrochen sei. Später allerdings gelang es der Polizei, nachdem sie genügende Verstärkungen an sich gezogen, die Ruhe wieder herzustellen, und zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Plenarsitzung vom 9. Februar.

Die Tribünen sind ziemlich stark, die Plätze des Hauses mäßig besetzt.

Am Ministertische: Vizepräsident des Staatsministeriums, Minister des Innern v. Puttkamer nebst Kommissarien.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus setzte in der heutigen Sitzung die Berathung des Spezial-Etats des Ministeriums des Innern fort. Bei dem Titel „Landgendarmen“ entspinnt sich eine heftige Debatte zwischen den Führern der Obstruktionsparteien und dem Staatsminister des Innern von Puttkamer bezüglich der Ausweisungen, wobei letzterer in scharfer und zutreffender Weise die Nothwendigkeit jener Maßregeln vom deutsch-nationalen Gesichtspunkte aus darzulegen vermochte. Nachdem auch die Angriffe der liberalen Partei auf die offiziösen Zeitungsorgane von den Rednern der rechten Seite in gebührender Weise zurückgewiesen worden, wird eine Reihe von Positionen bewilligt und schließlich der Antrag auf Aufhebung des Amtsgerichts zu Neustadt-Magdeburg angenommen. Nächste Sitzung morgen (Mittwoch) 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

42. Plenarsitzung am 9. Februar.

Die Tribünen wie die Plätze des Hauses sind mäßig besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär des Innern Staatsminister v. Bötticher, Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, Chef der Admiralität v. Caprivi und Staatssekretär im Reichsschatzamt von Burchard nebst Kommissarien.

Präsident von Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung nach 1¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Der Reichstag bewilligte in seiner heutigen Sitzung mehrere Spezial-Etats fast durchweg nach den Anträgen der Budgetkommission. Nachdem auf Antrag des Abg. Krug v. Nidda (deutschkons.) die in der zweiten Lesung gestrichene Mehrforderung für die Zahlmeistergehälter bewilligt worden, sprach Abg. v. Saldern-Ahlimb (deutschkons.) unter der lebhaften Zustimmung der rechten Seite des Hauses das Bedauern der Partei über die Nichtbewilligung der vermehrten Pferderationen in dem Umfange der Regierungsvorlage aus, eine Forderung, deren Bewilligung im Interesse der Schlagfertigkeit der Armee dringend zu wünschen gewesen wäre; das Haus blieb jedoch bei den Beschlüssen zweiter Lesung stehen. Beim Spezialetat des Reichsschatzamtes gelangte ein von Mitgliedern der Rechten und des Zentrums beantragte Resolution, welche die verbündeten Regierungen zu erneuter sorgfältiger Prüfung der Währungsfrage veranlassen will, zur Diskussion; die Verhandlung der von dem Abg. Leuschner (Deutsche Reichspartei) lebhaft befürworteten und von dem Abg. Wörmann (nationalliberal) bekämpften Resolution wird morgen (Mittwoch) 1 Uhr fortgesetzt werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Februar 1886.

— Se. Majestät der Kaiser und König hatte gestern Nachmittag 4 Uhr eine Konferenz mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck. Abends wohnte Se. Majestät der Vorstellung im Opernhause bei. Nach dem Schluß derselben war bei den Kaiserl. Majestäten eine kleine Theegesellschaft. — Heute Vormittag nahm Se. Maj. der Kaiser die regelmäßigen Vorträge entgegen, empfing den Polizeipräsidenten Frhrn. v Richthofen und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Militär-Kabinets, General-Lieutenant v. Albedyll. — Zum Diner waren heute keine Einladungen ergangen.

— Wie wir der „Kreuzztg.“ entnehmen, wird Se. K. und K. H. der Kronprinz sich morgen Mittag von Berlin nach Dessau begeben, um daselbst Nachmittags an der feierlichen Beisetzung des verstorbenen Erbgroßherzogs Theil zu nehmen.

— Das Herrenhaus wird am 24. d. M. zur Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen und der Landgüterordnung für Schleswig Holstein zusammentreten.

— Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat sich heute definitiv konstituirt und die folgenden Herren wieder in ihren Vorstand gewählt: Dr. Grimm, Frhr. v. Hammerstein, v. Liebermann, Graf Limburg-Stirum, Freiherr von Minnigerode, von Rauchhaupt, Sack, Graf Schwerin-Putzar und von Wedell-Malchow.

— Der Abgeordnete Krug v. Nidda hat, unterstützt von Mitgliedern der deutschkonservativen Fraktion, den Antrag eingebracht, die von der Regierung geforderten und in der 2. Lesung gestrichenen Zahlmeister-Gehaltserhöhungen in der 3. Lesung wieder aufzunehmen.

— Ueber die von der Staatsregierung vorbereiteten Gesetzentwürfe zum Schutze des Deutschthums in den Ostprovinzen theilt die „Kreuzztg.“ mit, daß dieselben so weit gefördert sein sollen, daß ihre Einbringung im Abgeordnetenhause in rascher Folge erwartet werden kann. Es soll sich um sechs bis sieben Gesetzentwürfe handeln, welche bekanntlich die Kolonisation, die Schule und die Sprache 2c. betreffen.

— In Sachen des internationalen Bimetallismus haben sich die Freunde desselben jetzt zu einem Vorgehen in der Form geeinigt, daß die Abgg. Freiherr von Huene, von Schalscha, von Kardorff, Freiherr von Manteuffel und Leuschner, unterstützt von Mitgliedern der Deutschkonservativen, der Reichspartei und des Centrums, zur dritten Lesung des Reichshaushalts-Etats den Antrag eingebracht haben, „die verbündeten Regierungen zu ersuchen: der Währungsfrage erneut die eingehendste Prüfung zu theil werden zu lassen und dem Reichstage von dem Resultate dieser Prüfung Mittheilung zu machen.“ Man erwartet von dem Ergebniß der so angeregten Enquete mit Sicherheit ein den Befürwortern der internationalen Doppelwährung günstiges Resultat und somit den Durchbruch einer anderen Auffassung in dieser Frage, als sie vor kurzem in den Ausführungen des Finanzministers zu Tage trat.

— Dem „Kuryer Poznanski“ zufolge hat das Metropolitan-Kapitel von Posen gestern ein vom 2. Februar datirtes Schreiben des Papstes erhalten, in welchem Leo XIII. amtlich konstatirt, der Kardinal Ledochowski habe resigniert; er (der Papst) sei durch die Lage der Dinge genöthigt gewesen, selbst zur Nomination seines Nachfolgers zu schreiten und habe den Propst Dinder dazu ausersehen. Er hoffe, das Kapitel werde dem künftigen Erzbischof mit Rath und That beistehen.

— Im „Lahrer Anz.“ giebt der badische Landtagsabg. Dekan Förderer eine Erklärung ab, in der er sich rückhaltlos auf die Seite des Dekans Lender stellt.

Braunschweig, 9. Februar. Der Landtag hat den Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des neuen Erbhuldigungseides einstimmig genehmigt.

Ausland.

Wien, 9. Februar. Abgeordnetenhaus. Scharschmid und Genossen beantragen einen Gesetzentwurf, wodurch der Besitzstand der deutschen Sprache umfassend festgestellt, die deutsche Staatssprache mit entsprechenden Ausnahmen für Galizien und die italienischen Landestheile normirt und der Begriff der landesüblichen Sprache nach dem Grundsatze der Bezirksüblichkeit erläutert wird. Heilsberg und Genossen bringen eine Interpellation an den Minister-Präsidenten darüber ein, ob gelegentlich der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn auch die Frage der Einführung des Branntwein-Monopols zur Erörterung gelangen werde.

Rom, 8. Februar. Der Kaiser von China ersuchte den Papst, eine päpstliche Vertretung in Peking zu errichten und einen Vertreter Chinas beim päpstlichen Stuhle zuzulassen.

Rom, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Senats interpellirte Delfico das Ministerium über die Theilnahme Italiens an der Flotten-Demonstration gegen Griechenland. — Der Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, erwiderte: Italien verfahre in der griechischen Angelegenheit in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten. Es sei unmöglich, über die besonderen diesbezüglichen Verhandlungen Näheres mitzutheilen. Der Minister bedauert, gegenwärtig auf die Interpellation nicht weiter eingehen zu können.

Paris, 8. Febrau. Henri Rochefort erklärte in den Wandelgängen der Kammer, er habe in Folge der Ablehnung des Amnestie-Antrages sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

Belgrad, 8. Februar. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Meldung über ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen den Kommandanten der Schumadja-Division ist unbegründet. Im Gegentheil ist derselbe durch Verleihung des Sternes zum Takova-Orden und durch den persönlichen Dank des Königs ausgezeichnet worden.

Provinzial-Nachrichten.

† **Aus dem Kreise Thorn**, 9. Februar. (Masern.) Im Schulbezirk Roßgarten grassiren die Masern. Mehrere Personen sind der Krankheit bereits zum Opfer gefallen.

n **Gorzno**, 8. Februar. (Feuer.) Gestern Mittag brannte die Besitzung des Tischlermeisters Thomas zu Abbau Gorzno, aus Wohnhaus, Stall und Scheune bestehend, total nieder. Ein Schwein kam in den Flammen um. Von todtem Inventar wurde so gut wie nichts gerettet.

Gollub, 7. Februar. (Verschiedenes.) Gestern fand in Graßnicks Saal eine Generalversammlung des hiesigen deutschen Vorschußvereins statt. Der Verein zählt gegenwärtig 138 Mitglieder und hat pro 1885 einen Umsatz in Einnahme und Ausgabe von 1207 459,84 Mk. gehabt. Das Vereinsvermögen ist auf 49 438,94 Mk. angewachsen und der Reservefonds beträgt 3986,84 Mk. Es konnten den Vereinsmitgliedern 7 Prozent Dividende ausgezahlt werden. — Am 4. d. Mts. haben die hiesigen Gewerksmeister die Gründung einer Fortbildungsschule für Handwerkslehrlinge unter der Voraussetzung beschlossen, daß der Staat die Kosten übernimmt. Der Letztere soll hierzu bereit sein. — Seit der Einführung des erhöhten Getreidezolls erleiden die hiesigen Bäcker großen Nachtheil, indem die meisten Bewohner der Stadt und Umgegend ihr Brod aus dem angrenzenden Dobrzyn beziehen, da 6 Pfund Brod zollfrei aus Russisch-Polen nach hier gebracht werden dürfen und die polnischen Bäcker größer backen. (N. W. M.)

Aus der Provinz, 7. Februar. (Lehrinnenprüfungen.) In diesem Jahre findet die schriftliche Lehrerinnenprüfung in Thorn am 17. und 18. Mai, die mündliche Prüfung am 21. und 22. Mai statt. Die gleichen Prüfungen finden statt an den städtischen Lehrerinnenbildungsanstalten in Marienwerder am 26. und 28. Juni bezw. am 1. und 2. Juli, in Thorn am 3., 4., 8. und 9. September, in Marienburg am 1., 2., 4. und 5. März, in Elbing am 30. und 31. August resp. am 2. und 3 September, in Danzig am 26., 27., 30. und 31. März; an der Privatanstalt des Schulsuperintendenten Hevelke in Danzig am 3. 25., 28—30. September; am katholischen Marienstift zu Berent am 15., 20. und 21. Oktober. Prüfungen für Schulvorsteherinnen finden statt an den städtischen Anstalten in Elbing am 4. September, in Danzig am 1. April.

Danzig, 9. Februar. (Selbstentleibung. Unglücksfall) Der Versicherungsagent M. (Vater von 5 Kindern) erschoß sich vorgestern Morgen in seiner Wohnung mittelst eines Revolvers. Nahrungssorgen werden als Motiv für die verzweifelte That angegeben. — Gestern Nachmittag führte der Kutscher Ludwig H. einen mit Holz beladenen Schlitten. Auf Kneipab verschob sich das Holz und der Führer des Gefährts fiel kopfüber zwischen die Pferde; der schwer beladene Schlitten ging über das rechte Fußblatt und den linken Unterschenkel des an der Erde Liegenden und dieser erhielt arge Quetschungen, so daß die sofortige Aufnahme desselben in das städtische Lazareth veranlaßt werden mußte.

Braunsberg, 8. Februar. (Die hiesige Bergschlößchen-Aktien-Bierbrauerei) wird für das vergangene Jahr eine Dividende von 15% vertheilen.

Christburg, 7. Februar. (Einstellung des Schulunterrichts. Versuchter Mord.) In der hiesigen evangelischen Stadtschule sind 110 Kinder durch Krankheit am Schulbesuch verhindert, und es ist daher beschlossen worden, den Unterricht bis auf Weiteres einzustellen. — Ein hiesiger Arbeiter erhängte dieser Tage, wie er angiebt, von

---

schiffe von hier fort und komme nicht zurück, bevor es mir möglich geworden ist, Dir alles zu bezahlen, was Du mir jemals früher oder später geliehen — vom Kinderbrei bis zu den „Salben und Tinkturen“, mit denen ich, trotzdem Du sie gekauft hattest, wagte, unglücklichen Kranken das Augenlicht zu erhalten!“

Ein schwacher Schrei vom Ruhebette her unterbrach seine leidenschaftlichen Worte. Die still ertragenen Qualen langer Jahre hatten sich Bahn gebrochen unter dem Eindruck des Zuviel. Sogar dieser zurückhaltende, ernste Charakter ertrug es nicht, sich so bevormundet zu sehen, aber vielleicht war durch das unbedachte Wort vom Auswandern ein weit größeres Unglück geschehen, als beide, der Doktor und seine Tante, ahnten.

Julius eilte zu der Kranken — sie lag ohne Bewußtsein.

Er erschrak heftig.

Was hatte er gethan? —

„Bringe mir Essig, Tante!“ sagte er gepreßt.

Sie antwortete ihm nicht. Ein Blick auf das todtblasse Gesicht ihrer Schwester mochte die bittere Entgegnung in's Herz zurückdrängen. Sie verzieh aber auch nicht, sondern ging stumm aus dem Zimmer, um nach einigen Minuten die Gesellschafterin mit dem gewünschten Belebungsmittel zu schicken.

Fräulein Herbst that fast alles, was der Doktor anordnete, schon ehe er Zeit fand, es ihr mit deutlichen Worten zu sagen. Sie las in seinem Blick und unterstützte so kräftig seine Bemühungen, daß die Kranke nach kurzer Zeit zur Besinnung zurückkehrte.

Krampfhaft schluchzend hielt sie die Hand ihres Sohnes.

„Julius — o, ich bitte Dich, sag' mir, daß Du nicht fortgehst!“

Er sah peinlich gerührt zur Seite.

„Mutter“, flüsterte er, „wir sind nicht allein!“

„Das ist einerlei, mein Junge! Mag die ganze Welt hören, daß eine Mutter ihren Sohn bittet, sie nicht zu verlassen! Du bleibst, ja, nicht wahr — Du bleibst bei mir?“

Sein Gesicht barg sich in der schützenden Hand.

„Fräulein Herbst wird da in die traurigen Geheimnisse unseres Hauses ziemlich rücksichtslos eingeweiht“, sagte er seufzend. „Tante Finchen selbst ist Schuld daran. Ich schwieg, so lange es mir möglich war.“

Das junge Mädchen trat leisen Schrittes an ihn heran und zog mit sanfter Gewalt seine Hand herab. Wieder klang es durch ihre Stimme wie verhaltenes Schluchzen:

„Sprechen Sie mit ihrer Mutter, Herr Doktor, — vergessen Sie alles außer diesem einen! Wer so geliebt wird, der ist reich in jedem Leid, jedem Wechsel!“

Die Kranke erkannte ihren Vortheil, und, wie alle solche Unglücklichen, zunächst an sich denkend, verfolgte sie denselben sogleich.

„Sie sind ein gutes Kind, liebe Elisabeth, recht mein Trost und meine Stütze — sagen Sie ihm doch, daß seine Tante immer nur das Beste beabsichtigt, das sie ihn lieb hat, und, seit er lebt, für ihn geduldig Opfer um Opfer brachte. Sie —“

„Fragte mich heute, ob es ihre Pflicht sei, mich zu ernähren und meine kostspieligen Liebhabereien zu bezahlen!“ schaltete er ein.

„Weil du sie gereizt hattest, Julius. Diese Sprechstunden hätten Tausende kosten dürfen, wenn Du nur klug genug gewesen wärest, die Idee derselben Deiner Tante so nahe zu legen, daß ein Wort von ihr zuerst den Impuls gab.“

Er lachte spöttisch.

„Sie ist herrschsüchtig, Mutter — sage es doch ohne Umschweife! Du verlangst von mir den Gehorsam eines Schulknaben!“

Bittere Thränen antworteten ihm. Die kranke Frau, schon Wittwe, ehe sie Mutter wurde, lag seit der Geburt ihres Knaben gelähmt und hülflos darnieder, abhängig von ihrer Schwester, unmündig und rechtslos seit beinahe dreißig Jahren; sie hatte sich gewöhnt, die Dinge rings umher nur mit den Augen ihrer Wohlthäterin zu sehen, sie hatte dieselbe studirt und längst gelernt, die Eigensinnige faktisch an unsichtbaren Fäden zu lenken — warum konnte Julius das nicht auch thun?

„Mutter“, sagte er leise und innig, „laß mich nach Amerika gehen! Als Assistenzarzt im Krankenhause verdiente ich wenigstens genug, um zu leben, aber Tante Finchen ruhte nicht, bis sie mich hierher gelockt und mir die Schlinge über den Kopf geworfen hatte. Ich sollte selbstständig werden, eine Klinik eröffnen — wehe, daß ich's glaubte!“

„Mein Werk war's“, flüsterte mit ihrer matten Stimme kaum verständlich die Kranke. „Ich hatte es nach langer Mühe erreicht, nur um Dich täglich zu sehen, um meinen einzigen Sohn bei mir zu behalten. Die fremde Amme hat Dich genährt, fremde Hände pflegten deine erste Jugend, mir blieb alles, alles versagt — wenigstens wollte ich Deine Stimme hören, Dich sehen, ehe ich sterbe!“

Elisabeth's Blicke suchten die des jungen Mannes.

„Was könnten Sie draußen in der Fremde finden, das Ihnen soviel Liebe zu ersetzen vermöchte, Herr Doktor? — Wer noch eine Heimath, eine Mutter besitzt, der sollte nicht klagen.“

Julius sah auf das scharfgeschnittene, blasse Gesicht in den Polstern und eine zwingende Wehmuth zog durch sein Herz. Die Tage der armen Dulderin waren gezählt. Niemand wußte es besser als er. Durfte er den schwachen Lebensfaden gewaltsam zerreißen?

„Mutter — Du folterst mich. — Ich kann nicht hingehen, mich bei der Tante zu entschuldigen, wie ich es als Kind thun mußte, wenn sie schlechter Laune war!“

Die Gesellschafterin lachte.

„Ueberlassen sie das mir, Herr Doktor! — Sie dürfen nicht von hier fortgehen. Das ist unmöglich. — Ich will Fräulein Haberland veranlassen, es selbst auszusprechen.“

(Fortsetzung folgt.)

Noth gedrückt, sein Kind. Glücklicher Weise wurde die Unthat noch rechtzeitig von einer Nachbarin entdeckt, so daß das Kind gerettet werden konnte. Der Mann wurde sofort verhaftet.

Königsberg, 9. Februar. (Einen Geldbrief) den Herr S., ein Fleischermeister in Allenburg, am Freitage von seinem hiesigen Geschäftsfreunde Herrn G. empfangen, öffnete er in Gegenwart des Postboten und fand darin statt der deklarirten 960 Mk. nur einige Stücke Löschpapier. Die Untersuchung der Angelegenheit führte vorgestern zu einem ganz unerwarteten Resultat. Der 19jährige Hilfsbote Otto D. hatte nämlich bei seiner Beschäftigung im Postamt Gelegenheit gefunden, den bereits gewogenen Geldbrief zu sehen und während der Abstempelung hinter dem Rücken des Postbeamten mit einem gefälschten Couvert zu vertauschen, welches er inzwischen mit Adresse und dem Gewichtsvermerk beschrieben, mit Löschpapier gefüllt hatte. Der Dieb gestand, die geraubten 960 Mk. in Gold umgewechselt, und hinter seiner Wohnung in der Luisenstraße im Schnee vergraben zu haben, wo die Summe auch noch vollzählig von dem betreffenden Kriminalbeamten aufgefunden wurde. Otto D. befindet sich vorläufig in Haft.

Lyck, 7. Februar. (Ein reichliches Almosen. Verschneit. Brasilien.) Jüngst sprach ein jämmerlich aussehender und kläglich bittender Bettler eine hiesige Dame um ein Almosen an und erhielt als solches eine Krone (10 Mark) statt eines Zweipfennigstücks. Die übermäßigen Dankesbezeugungen des Bettlers hätten fast schon genügen müssen, um der edlen Spenderin die Augen zu öffnen. Nichtsdestoweniger wurde von derselben ihr Irrthum leider zu spät wahrgenommen. Die sofort angestellten Nachforschungen nach dem glücklichen Almosenempfänger blieben ohne den gewünschten Erfolg: Krone und Bettler sah man niemals wieder. — Von dem entsetzlichen, seit Montag hier in Permanenz erklärten Schneetreiben mögen folgende Thatsachen ein annäherndes Bild entwerfen: die in unserer Nähe liegenden Ortschaften Buczkau und Selligen waren am Donnerstag und Freitag mit derartigen Schneewällen umgeben, daß thatsächlich jede Kommunikation mit den genannten Dörfern als abgebrochen betrachtet werden mußte; ja, im Orte selbst standen einzelne Häuser bis zum Dache und noch darüber hinaus im Schnee. Die Befreiung dieser im Schnee vergrabenen lebenden Wesen konnte erst nach mehrstündiger Arbeit durch andere Dorfbewohner herbeigeführt werden. Kein Wunder, wenn man ob solcher allerdings seltenen Naturerscheinungen von vielen Landbewohnern allen Ernstes sagen hört: „Ostern wird ja auch die Welt untergehen". — Vor Kurzem erhielt eine Bewohnerin unseres Ortes auf postalischem Wege einen Brief aus Brasilien zurück, welcher nahezu drei Jahre unterwegs gewesen war und fast sämmtliche außereuropäische Staaten zum Zwecke der Auffindung des Adressaten dieses Briefes durchkreuzt hatte. Adressat war mittlerweile in seine Heimath zurückgekehrt, was die Irrfahrten erklärlich erscheinen lassen. (K. A. Z.)

Stettin. (Wie wenig sich das Judenthum emanzipirt hat), das kann man recht deutlich an den Juden in unserem Stadtkreise wahrnehmen. An allen Beschäftigungen, die ehrliche Arbeit erheischen, verbunden mit Ausdauer und Gefahr, ist Israel nicht betheiligt; z. B. Post, Telegraphen und Eisenbahnen beschäftigen im Ganzen 2 Juden, daneben 975 Christen; im Fuhr- und Frachtwesen ist gar kein Jude thätig, wohl aber 705 Christen. Dem Wasserverkehr kann Israel auch keinen Geschmack abgewinnen; es giebt in Stettin nur 2 Juden, die solche Geschäfte betreiben und diese zwei sind Inhaber von Geschäften, nicht etwa Arbeiter oder Matrosen. 437 Christen müssen sich von ihrer Hände Arbeit als Matrosen, Schiffer ꝛc. nähren und mit Gefahr ihres Lebens ihr Brod verdienen, für die Juden ist dergleichen nicht, denn das Wasser hat bekanntlich keine Balken. Hausdienst und Lohnarbeit sagt den „Auserwählten" auch nicht zu; es giebt nur drei Juden in Stettin, die sich von solch niedriger Arbeit nähren, von welcher nicht weniger als 4545 Christen ihr Leben fristen. Als Dienstboten sind 14 Juden beschäftigt neben 4935 Christen. Recht evident wird das Verhältniß der Juden zu den Christen, wenn wir an die schweren Arbeiten kommen: als Maurer ist kein Jude in Stettin thätig (dafür aber 1675 Christen) als Metallarbeiter ist 1 Jude beschäftigt neben 874 Christen; als Steinmetzen und Erdarbeiter ist kein Jude nachweisbar, wohl aber 289 Christen. Und angesichts solcher Mißverhältnisse wagt Jemand zu behaupten, die Juden hätten sich emanzipirt. Wäre dies wirklich der Fall, so müßten die Juden auch zur ehrlichen Arbeit gegriffen haben; das haben sie aber nicht gethan. An Ackerbau und Landwirthschaft im Regierungsbezirk Stettin und Köslin sind im Ganzen 10 Juden betheiligt; davon 6 als Grundbesitzer und nur 4 als Arbeiter!!! Dagegen zählen wir 103,656 christliche Bauern. Heißt das Emanzipation?! — Sehen wir einmal die Kehrseite der Medaille! Als Rentner sind 142 Juden in Stettin nachweisbar. Das klingt schon besser! Dafür zählen aber auch die Christen nur 3623 solcher glücklichen, die nichts zu Arbeiten brauchen und vom Couponschneiden leben. Das ist durchaus unproportionell! Die Christen zählen im Stadtkreis Stettin 87,769 Köpfe, die Juden nur 2622. Am Waaren und Produktenhandel sind 675 Juden betheiligt, daneben 4069 Christen. Abermals sind die Juden mehr als nach dem ihnen zukommenden Prozentsatze vertreten. Dabei bemerkt man noch, daß am Waaren und Produktenhandel nur 1337 Christen als Eigenthümer und Unternehmer theilnehmen, dagegen 2732 als Kommis, Arbeiter ꝛc., während bei Juden 329 Unternehmer und nur 346 Nichtunternehmer vorhanden sind. An sonstigem Handelsgewerbe partizipiren 89 Juden, daneben 1069 Christen. 79 Juden sind selbstständig, nur 10 sind Kommis ꝛc.! In der Rechtspflege sind 21 Juden als Advokaten, Amtsrichter nachweisbar, 195 Christen stehen ihnen gegenüber; als Unterbeamte im Justizdienst sind 823 Christen beschäftigt, Juden fehlen hier gänzlich. — Ueberblicken wir kurz die Situation! An allen Berufszweigen, welche schwere Arbeit, Ausdauer und Entsagung verlangen, ist Israel nicht oder fast nicht betheiligt während es ausschließlich dem Handel und dem höheren Justizdienst zustrebt. Da haben wir an den amtlichen Zahlen, wie sie die preußische Statistik (LXXVI) nach der Berufszählung von 1882 uns an die Hand giebt, klar und deutlich bewiesen, daß von einer Judenemanzipation in Stettin durchaus nicht die Rede ist, daß das „auserwählte" Volk heute noch wie früher vom Schacher lebt und die ehrliche Arbeit verschmäht! Und darin liegt ja gerade die Judenfrage.

Bromberg, 8. Februar. (Gauturntag.) Gestern fand hier ein Gauturntag des Ober-Weichselgaues statt, auf dem die Turnvereine Thorn, Bromberg, Kulm, Briesen, Inowrazlaw, Nakel, Schwetz, Schubin und Labischin vertreten waren. Die auswärtigen Turner wurden auf dem Bahnhofe von einer Deputation des hiesigen Turnvereins empfangen. Vormittags fand im Dickmann'schen Saale eine von dem Gauvertreter, Herrn Professor Boethke-Thorn geleitete Berathung statt. In dem Geschäftsbericht wurde u. A. bemerkt, daß das deutsche Turnfest in Dresden den Turnern des Oberweichselgaues leider keine Preise gebracht habe. Es liegt das nicht an den mangelhaften Leistungen der von Bromberg und Thorn entsandten Turner, sondern an nebensächlichen Dingen. Nachdem der Kassenbericht erstattet worden war, kam ein Antrag des Gauturnraths auf Bewilligung von Reisekosten an Vorturner zum Besuch der Vorturnerstunden zur Berathung. Der Gauturntag beschließt, die Vorturnerstunden für dieses Jahr ausfallen zu lassen, aber nicht, weil man sich wenig Nutzen davon verspricht, sondern in Anbetracht der für 1886 in Aussicht stehenden Feste. So findet im Juli ein großes Turnfest in Elbing statt. Der Ober-Weichselgau wird vor demselben, um Pfingsten, ein Fest in Schwetz, im Spätsommer in Labischin oder Schubin veranstalten. Auf Antrag des Bromberger Vereins wurde zum Vorort des Gaues von Neuem Thorn, zum Vorsitzenden Herr Professor Böthke, zum Gauturnwart Herr Hellmann wiedergewählt. Ebenso zu Mitgliedern des Gauturnraths die Herren Preuß und Löwensohn aus Thorn. Neugewählt wurde Herr Gymnasiallehrer Brandt-Thorn. — Nach einem gemeinsamen Mittagsmahl, bei welchem die Gäste im Namen des Bromberger Vereins durch den stellvertretenden Vorsitzenden herzlich begrüßt worden waren, begann gegen 3 Uhr Nachmittags in der städtischen Turnhalle das Gauturnen, welches erst nach 5 Uhr sein Ende erreichte. Nachdem die Turner in sehr verschiedener Kleidung (die Jäger'sche Wolle scheint mit Naturgewalt immer mehr die leinene Jacke und Hose zu verdrängen, die Thorner und Schwetzer Turner schwören fast Alle auf Jäger) in die Halle einmarschirt waren und das Lied „Bundeszeichen" „Frei und unerschütterlich wachsen unsere Eichen" gesungen hatten, führten sie unter Leitung des Bromberger Turnwarts Winter nach dem Muster des Dresdner Turnfestes Hantelübungen aus. Sie gelangen gut und gewährten dem Zuschauer ein ansprechendes Bild. Ganz vorzüglich waren die Uebungen der Thorner Musterriege am Pferd. In guter Haltung wurden die schwierigsten Dinge wie spielend ausgeführt. Der Vorturner Preuß ist einer der besten deutschen Turner. Dasselbe Lob wie der Thorner Musterriege muß der an Zahl stärkeren Bromberger Musterriege gespendet werden, welche unter Leitung des gleich Preuß zu den ersten Turnern gehörenden Vorturners Braun am Reck turnte. Welch' ein Fortschritt weist das heutige Turnen doch gegen das Turnen vor 25 Jahren auf! Die Eisenstabübungen, welche Professor Böthke leitete, zeigte uns diesen großen Fortschritt nicht minder. Das Kürturnen brachte ganz Erstaunliches. Auch hier zeichneten sich die Thorner wieder aus und zwar am Reck. Nachdem zum Schluß Professor Böthke dem Bromberger Verein als Gastgeber ein dreifaches „Gut Heil!" ausgebracht hatte, wurde das Lied „Turners Heimzug" gesungen. Die Abschiedskneipe fand in der Gambrinushalle in der Nähe des Bahnhofes statt und brachte turnerische Scherze und Lieder in Menge.

(Bromberger Tageblatt.)

m **Bromberg**, 9. Febr. (Schlittenpartie.) Heute Nachmittag unternahm der Verein junger Kaufleute eine Schlittenpartie vom Weltzienplatz aus nach Brahnau und Langenau. An der Partie betheiligten sich 45 Schlitten. Dem Zuge voran ritten 4 Postillone, welche Fanfaren bliesen. Auf dem ersten Schlitten, welcher mit Fahnen dekorirt war, befand sich ein Musikkorps. In Brahnau wurde der Kaffee eingenommen. Um 5 Uhr begann unter Fackelbeleuchtung die Rückfahrt. Auf dem Weltzienplatze angekommen, wurde ein Feuerwerk abgebrannt. Von dort aus begaben sich die Theilnehmer an der Schlittenpartie nach dem Gambrinusgarten, wo ein Tanzkränzchen den Schluß des Vergnügens bildete.

Krojanke, 7. Februar. (Bestätigung.) Die Wahl des Lehrers Sieg hierselbst zum Bürgermeister unserer Stadt hat die Bestätigung der Königlichen Regierung erhalten. Herr Sieg wird sein neues Amt bereits am 1. März cr. antreten.

Obersitzko (Pr. Posen), 5. Februar. (Ein Landbriefträger beraubt.) Der Landbriefträger v. Kylpinski aus Wronke, welcher die Tour von dort nach Smolnica hat, wurde heute, wie man der „P. Z." schreibt, zwischen 8 und 9 Uhr Morgens von einem Handwerksburschen, welchen er unterwegs antraf und der ihn auf einem schmalen Fußstege im Walde zu einem Förster begleitete, indem er vorgab, dort etwas Eßbares erfechten zu wollen, rücklings derartig über den Kopf geschlagen, daß er betäubt zur Erde fiel. Als er nach längerer Zeit wieder zur Besinnung kam, lag er in seinem Blute. Er schleppte sich bis zum Försterhause, wo er den ersten Nothverband erhielt. Der Räuber hat die Baarschaft, die der Postbeamte zum Auszahlen bei sich hatte, im Betrage von 150 Mk. geraubt.

Lokales.

Redaktionelle Beiträge werden unter strengster Diskretion angenommen und auch auf Verlangen honorirt.

Thorn, den 10. Februar 1886.

— (Zur Beachtung für unsere Leser.) Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegen die am 28. und 29. Jan. cr. gehaltenen Reden des Reichskanzlers Fürsten Bismarck in einem korrekten Separat-Abdruck bei.

— (Personalien.) Der Königl. Landrath des Kreises Kulm hat bestätigt: Den Käthner Johann Fenske zu Adl. Ruda als Schulvorsteher für die Schule daselbst und den Besitzer August Gutowski aus Friedrichsbruch als Orts-Steuererheber für die genannte Ortschaft. Der Käthner Friedrich Pachulski zu Abb. Niederausmaaß ist zum Gemeinde-Vorsteher für den Gemeindebezirk Niederausmaaß bestellt worden.

— (Privilegium.) Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht heute ein Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihe-Scheine des Kreises Heiligenbeil im Betrage von 100,000 Mark.

— (Lotterie.) Die Abhebung derjenigen Loose, deren Weiterspiel gewünscht wird, muß spätestens bis Mittwoch, den 17. Februar, Abends 6 Uhr, geschehen, widrigenfalls der anderweite Verkauf der Loose erfolgt.

— (Für säumige Steuerzahler.) Es ist an der Zeit, die Einkommensteuer für das gegenwärtige Quartal zu berichtigen. Die einkommensteuerpflichtigen Censiten wollen daher zur Vermeidung der Einleitung des Verwaltungszwangs-Verfahrens den fälligen Steuer-Betrag baldigst an die Königl. Kreiskasse hierselbst einzahlen.

— (Eine gegen eine Zeitung gerichtete Beschimpfung) kann nach einem Urtheil des Reichsgerichts als eine Beleidigung des verantwortlichen Redakteurs, wenn er zugleich leitender, den Geist der Zeitung bestimmender Redakteur ist, betrachtet werden, und eintretenden Falls ist der verantwortliche und leitende Redakteur zur Stellung des Strafantrages berechtigt. Richtet sich die Beschimpfung gegen einen bestimmten Zeitungsartikel, so fehlt dem leitenden Redakteur das Recht zur Stellung des Antrages, wenn er in keiner ursächlichen Beziehung zur Aufnahme gerade dieses Artikels gestanden hat.

— (Schlachthaus-Bericht.) Im hiesigen Schlachthause sind im Monat Januar geschlachtet: 63 Ochsen, 51 Stiere, 125 Kühe, 341 Kälber, 286 Schafe, 6 Ziegen und 699 Schweine, im Ganzen 1571 Thiere; ausgeschlachtet zur Untersuchung eingeführt sind: 36 Rinder, 163 Kleinvieh und 138 Schweine. Davon sind zurückgewiesen: 1 Rind wegen Tuberculose, 10 Schweine wegen Finnen, 1 Kalb wegen hochgradiger Magerkeit. Ferner von Rindern 33 Lungen, 34 Lebern, Schafen 14 Lungen, 13 Lebern, Schweinen 9 Lungen, 19 Lebern.

— (Schlittenpartie.) Einen Fehler, der sich in der in der Montagsnummer unter dieser Spitzmarke gebrachten Notiz eingeschlichen hatte, wird der aufmerksame Leser wohl schon selbst verbessert haben: Die Schlittenpartie wurde nämlich, wie schon aus dem Hinweis in der Sonnabend-Nummer hervorging, nicht von der Liedertafel sondern vom Liederkranz veranstaltet. Wie uns noch mitgetheilt wird, fanden bei dem nach beendeter Schlittenfahrt im Schützenhause arrangirten Tanzkränzchen Gesangs-Vorträge seitens der Mitglieder des Vereins statt.

— (Im Handwerkerverein) hält morgen Hr. Steinberg einen Vortrag „Ueber Magnetismus und Elektrizität in der Natur und im Dienste der Menschen."

— (Kriegerverein.) Herr Dr. Wentscher hat die Leitung der Uebungen der Sanitäts-Kolonne niedergelegt, da er durch seine Privatpraxis zu sehr in Anspruch genommen wird. Die Uebungen leitet jetzt Herr Assistenzarzt Dr. Beuermann vom 1. Pomm. Ulanen-Rgmt. Nr. 4.

— (Versuchter Diebstahl.) Ein Arbeiter stahl gestern Abend drei vor dem Laden des Kaufmanns Adolph in der Breitenstraße zur Schau ausgehängte Hasen. Er stand gerade im Begriff, sich mit seiner Beute zu entfernen, als er einen Offizier herankommen sah. Schnell warf er die Hasen von sich und nahm Reißaus. Es ist bis jetzt nicht gelungen, ihn zu ermitteln.

— (Polizeibericht.) 5 Personen wurden arretirt, darunter ein Arbeiter wegen groben Unfugs.

Kleine Mittheilungen.

Lahnstein. (Was ein Kirschbaum werth ist.) Bei der Erweiterung des Bahnhofes in Niederlahnstein mußte ein Acker angekauft werden, worauf sich ein Kirschbaum befand, der nothwendig zu entfernen war. Der Eigenthümer verlangte eine einmalige Entschädigung von rund 3000 Mark und machte durch Zeugen und aktenmäßige Zeugen glaubhaft, daß er aus dem einen Baum jährlich eine Ernte erzielt, welche im Durchschnitt genommen den Zinsen obigen Kapitals an Werth gleichstehe. Nach langen Unterhandlungen sind jetzt, wie das „Frankf. Journal" schreibt, dem Baumbesitzer 2400 Mk. als Entschädigung für den Kirschbaum ausbezahlt worden.

Brüssel, im Februar. (Sechsfacher Mord.) Im Dorfe Maxenzeele, in der Nähe von Brüssel, ermordete, wie dem „Berl. Tagebl." gemeldet wird, ein Trunkenbold seine Frau, seine Schwägerin, seinen Schwager und drei Kinder.

Briefkasten.

Herrn G. Bromberg. Ihrem Wunsche wird entsprochen werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Paul Dombrowski in Thorn.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 10. Februar.

	9/2. 86.	10/2 86
Fonds: festest		
Russ. Banknoten	200—30	201—05
Warschau 8 Tage	200—10	201
Russ. 5 % Anleihe von 1877	—	fehlt
Poln. Pfandbriefe 5 %	62—40	62—70
Poln. Liquidationspfandbriefe	56—30	56—90
Westpreuß. Pfandbriefe 4 %	101—60	101—50
Posener Pfandbriefe 4 %	102	102
Oesterreichische Banknoten	161—55	161—50
Weizen gelber: April-Mai	152	151—25
Septemb.-Oktob.	162—25	161—50
loko in von Newyork	92	91
Roggen: loko	133	132
April-Mai	135—50	135
Mai-Juni	136—25	135—75
Septemb.-Oktob.	139—75	139—25
Rüböl: April-Mai	43—90	43—80
Septemb.-Oktober Herbst	45—80	45—80
Spiritus: loko	37—30	37—10
April-Mai	38—50	38—40
Juli-August	40—50	40—40
August-September	41—20	41—10

Reichsbank-Diskonto 3½, Lombardzinsfuß 4½ pCt.

Börsenberichte.

Danzig, 9. Februar. **Getreide-Börse.** Wetter Nachts leichter Frost, am Tage Thauwetter. Wind: SW.

Weizen. Die auswärtigen Depeschen von den Montagsmärkten meldeten keine wesentlichen Preisveränderungen im Allgemeinen jedoch eher etwas matter Hier war der heutige Markt sehr ruhig, wohl mit veranlaßt durch die kleine Zufuhr, wie sie meistens am Dienstage ist. Preise unverändert. Bezahlt ist inländischer bunt 118 9pfd. 135 M., 122pfd. 143 M., hellbunt 126 7pfd. 147 M., 127 8pfd. 148 M., hochbunt 128pfd. 151 M., Sommer-123pfd. und 124pfd. 144 M. 127 8pfd 148 M. per Tonne. Für polnischen zum Transit bunt 124pfd. 127 M., hellbunt 124pfd. 130 M., 125pfd. und 126pfd. 131 M., 126 7pfd. 132 M., glasig bezogen 126 7pfd. 130 M., dunkelbunt glasig 129 30pfd. 135 M., hochbunt 127 8pfd. 135 M., hochbunt glasig 127pfd und 128pfd. 136 M per Tonne. Für russischen zum Transit streng roth 128pfd. bis 130pfd. 140 M. per Tonne Termine April-Mai 133 M. bez., Mai-Juni 134, 134 50 M. bez., Juni-Juli 136 50 M. bez., Sept.-Oktbr. 141 50 M. Br.. 141 M. Gd. Regulirungspreis 129 M.

Roggen war nur in inländischer Waare zugeführt; Preise unverändert. Bezahlt ist 116 7pfd. 115 M., 118pfd. 116 M., 118 9pfd. und 120pfd. 117 M.. 120pfd. und 122pfd. 118 M Alles per 120pfd. per Tonne. Termine April-Mai inländisch 123 M., unterpolnisch 97 M. Br., 96 M. Gd., Transit 96 M. Br., 95 50 M. Gd Regulirungspreis inländisch 118 M., unterpoln. 92 M.. Transit 91 M.

Gerste ist bezahlt inländische kleine 103 4pfd. und 107 8pfd. 110 M., große 112pfd. mit Geruch 112 M. per Tonne.

Königsberg, 9 Februar. **Spiritusbericht.** Pro 10,000 Liter pCt ohne Faß. Loco 36,50 M. Br., 36,25 M. G, 36,25 M. bez., pro Februar 36,75 M. Br, 36,25 M. Gd., —,— M. bez., pro März 37,50 M Br., pro Frühjahr 38,00 M. Br. 37,50 M. Gd., —,— M. bez., Mai-Juni 39,00 M. Br. —,— M. Gd, —,— M bez., pro Juni 40,50 M. Br., —,— M. Gd., —,— M. bez., pro Juli 40,50 M. Br. 40,00 M. Gd., —,— M bez., pro August 41,00 M. Br., 40,50 M. Gd. —,— M bez. pro September 41,50 M. Br 41,00 M. Gd., —,— M. bez

(Preußische 4pCt. Staats-Anleihe von 1853.) Die nächste Ziehung findet Anfang März statt. Gegen den Coursverlust von ca. 3 pCt. bei der Ausloosung übernimmt das Bankhaus Carl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 26 Pf. pro 100 Mark.

Meteorologische Beobachtungen.

Thorn den 10. Februar.

	St.	Barometer mm.	Therm. oC.	Windrichtung und Stärke	Bewölkg.	Bemerkung.
9.	2hp	779.4	— 0.9	C	10	
	10hp	777.4	— 0.7	C	10	
10.	6ha	774.9	— 2.7	NW[1]	10	

Wasserstand der Weichsel bei Thorn am 10. Februar 3,13 m.

Bekanntmachung.

Die **Schlachthaus-Restauration** incl. Wohnung für den Restaurateur und noch eine in der 2. Etage befindliche Wohnung von 3 Zimmern nebst Küche, ferner die Erhebung des Marktstandgeldes, der Stallgebühren, der Wiegegebühren für lebende und für geschlachtete Thiere, sowie der Verkauf des erforderlichen Futters auf dem hiesigen Schlachthof, Vieh- u. Pferdemarkt, soll auf 3 Jahre und zwar auf die Zeit vom 1. April d. J. bis 1. April 1889 meistbietend verpachtet werden.

Hierzu ist ein Bietungstermin auf

den 11. Februar d. Js.

Vormittags 11 Uhr

in unserem Rathhause im Stadtverordneten-Saal (2 Treppen) anberaumt, zu welchem wir Pachtlustige hiermit einladen.

Bemerkt wird, daß wöchentlich zwei Märkte abgehalten werden, daß sämmtliches Vieh hierselbst auf dem Schlachthofe geschlachtet wird und daß das von auswärts hier eingeführte Fleisch auf dem Schlachthofe zur Untersuchung gestellt werden muß.

Die näheren Bedingungen können in unserem Bureau I vorher eingesehen, auch abschriftlich gegen Erstattung der Kopialien bezogen werden.

Thorn den 16. Januar 1886.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das der Stadtgemeinde Thorn gehörige Mühlengrundstück **Barbarken** bestehend aus:

1. einer Wassermühle mit einem Mahlgange,
2. Wohn- und Wirthschafs-Gebäuden,
3. etwa 18 ha Acker und Wiese

wird vom 1. April 1886 ab auf 6 Jahre (bis 1. April 1892) im Termin

22. Februar d. Js.

Vormittags 11 Uhr

im Stadtverordneten-Saale des Rathhauses meistbietend verpachtet, wozu Pachtlustige eingeladen werden.

In dem Wohnhause und dem dazu gehörigen Kruggebäude wird Restauration und Schankwirthschaft betrieben.

Die Pachtbedingungen liegen im General-Bureau zur Einsicht offen und werden auf Verlangen auch in Abschrift gegen Erstattung der Kopialien mitgetheilt.

Thorn den 2. Februar 1886.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch in Erinnerung, daß unsere städtische Sparkasse gegen Wechsel mit sichern Unterschriften Gelder ausleiht.

Thorn, den 2. Februar 1886.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur anderweiten Vermiethung des Schankhauses unweit des Zollkrahns am Weichselufer auf 3 Jahre pro 1. April 1886 bis dahin 1889 an den Bestbietenden haben wir einen Licitationstermin auf

Montag, 15. Februar d. Js.

Vormittags 11 Uhr

in unserem Bureau I anberaumt, zu welchem Miethsbewerber hierdurch eingeladen werden.

Die Miethsbedingungen liegen in dem genannten Bureau zur Einsicht aus.

An Bietungs-Kaution sind von jedem Bieter 100 Mark bei der Kämmerei-Kasse zu hinterlegen.

Thorn den 25. Januar 1886.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Neu-Verpachtung der Chausseegeld-Hebestelle zu **Dietrichsdorf** an der Chaussee **Kulm-Kulmsee**, auf die Zeit vom 1. April 1886 bis zum 1. April 1889 habe ich einen Termin auf

Sonnabend, 27. Februar cr.

Nachmittags 4 Uhr

im Sitzungs-Saale des Kreis-Ausschusses hierselbst anberaumt, zu dem Bietungslustige hiermit eingeladen werden. Die Zulassung zum Gebote ist von der Deposition einer baaren Kaution von 600 Mark abhängig.

Die Verpachtung erfolgt unter Vorbehalt der Genehmigung der Kreis-Verwaltung und die Ertheilung des Zuschlages an einen der drei Meistbietenden bleibt der Chausseebau-Kommission vorbehalten. Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gemacht und sind außerdem während der Dienststunden im Bureau des Kgl. Landrath-Amts zu Kulm einzusehen.

Kulm, den 8. Februar 1886.

Der Vorsitzende der Chaussee-Bau-Kommission

Landrath

von Stumpfeldt.

Bekanntmachung.

Zur Neuverpachtung der Chausseegeld-Hebestelle zu **Brosowo** auf der Chaussee **Kulm-Thorn**, 1/4 Meile von der Kreisstadt Kulm gelegen, auf die Zeit vom 1. April 1886 bis 1. April 1889 habe ich einen Termin auf

Sonnabend, 27. Februar cr.

Nachmittags 4 1/4 Uhr

im Sitzungssaale des Kreis-Ausschusses hierselbst anberaumt, zu dem Bietungslustige hiermit eingeladen werden. Die Zulassung zum Gebote ist von der Deposition einer baaren Kaution von 1000 Mark abhängig.

Die Verpachtung erfolgt unter Vorbehalt der Genehmigung der Kreis-Vertretung und die Ertheilung des Zuschlages an einen der drei Höchstbietenden bleibt der Chausseebau-Kommission vorbehalten. Die Pachtbedingungen werden im Termine bekannt gemacht und sind außerdem während der Dienststunden im Bureau des Kgl. Landrath-Amts zu Kulm einzusehen.

Kulm, den 8. Februar 1886.

Der Vorsitzende der Chaussee-Bau-Kommission

Landrath

von Stumpfeldt.

Bekanntmachung.

Zur Neuverpachtung der Chausseegeld-Hebestelle **Kornatowo**, an der Chaussee Kulm-Briesen und der Chaussee zum Bahnhof Kornatowo auf die Zeit vom 1. April 1886 bis 1. April 1889 habe ich Termin auf

Sonnabend, den 27. d. M.

Nachmittags 4 1/2 Uhr

im Sitzungssaale des Kreis-Ausschusses hierselbst anberaumt, zu welchem Bietungslustige hiermit eingeladen werden.

Die Zulassung zum Gebote ist von der Deposition einer Kaution von 1500 Mk. in baarem Gelde abhängig.

Die Verpachtung erfolgt unter Vorbehalt der Genehmigung der Kreis-Vertretung und die Ertheilung des Zuschlags an einen der drei Höchstbietenden bleibt der Chausseebau-Kommission vorbehalten.

Die Pachtbedingungen werden im Termine bekannt gemacht und sind außerdem während der Dienststunden im Bureau des Königl. Landrathsamtes einzusehen.

Kulm, den 8. Februar 1886.

Der Vorsitzende der Chausseebau-Kommission.

Landrath **v. Stumpfeldt.**

Standesamt Thorn.

Vom 31. Januar bis 6. Februar 1886 sind gemeldet:

a. als geboren:

1. Ludwika, T. des Arb Franz Kleparski. 2 Paul, S. des Tischlers Johann Katlinski. 3 Alfred Reinhold, S des Schlossers John Kirchwehn. 4 Erich Fritz Adolf, S des Feuerwerkers Alexander Creutz. 5. Anna Martha, unehel. T 6. Louise Bertha, unehel. T. 7. Martha Emma Mathilde, T. des Sergeanten Albert Treptow. 8. Marie T. des Lohndieners Karl Müller. 9 Franz Albert, S. des Gefangenaufsehers Johann Lipinski 10 Marie, T. des Schneidermeisters Joseph Kasprzak. 11. Konrad Oskar, S des pens. Vollziehungsbeamten August Worm 12. Max, S. des Zimmermanns Franz Lorinski. 13 Johann Alexander, unehel S.

b. als gestorben:

1. Schneiderin Auguste Pehlke, 55 J. 10 M. 19 T. 2. Hospitalitin Friederike Koelichen, 73 J. 2 M. 26 T. 3 Klara Auguste Ida, T. des Eisenb.-Bureau-Assistenten Otto Quittschau. 1 J. 10 M. 1 T. 4. Musketier Johann Krause, 22 J 26 T. 5. Eugen Arnold, S. des Eisenbahn-Stations-Assistenten Friedrich Dakau, 28 T. 6. Tischlerfrau Justine Bilitz geb Harbarth, 33 J 11 M. 7 Emma Hedwig, T. des Arbeiters Wilhelm Guderlei, 8 M. 14 T. 8. Fabrikarbeiter Franz Kruse, 19 J. 3 M. 9 T. 9 Martha Louise, T. des Arbeiters Wilhelm Guderlei, 3 J. 11 M. 11 T. 10 Erna Alice, T des Sergeant Karl Strempel, 1 J 5 M. 19 T. 11. Martha Elisabeth, T. des Schneiders Hermann Heißrath. 7 M. 25 T. 12 Wladyslaus, S. des Arb Albert Grzywinski, 3 J. 4 M 24 T 13. Max August unehel S., 1 J. 1 M 5 T. 14. Musketier Andreas Thomas, 21 J 2 M. 7 T. alt.

c. zum ehelichen Aufgebot:

1. Schneider Joseph Zakriewski u. Franziska Mekowski, beide zu Brzezno. 2. Schiffseigner Karl Wilhelm Krüger zu Posen und Emma Alwine Zurawska zu Thorn. 3 Steuermann Julius Rudolph Cujas zu Thorn und Anna Emilie Hedwig Kaatzky zu Landsberg a./W. 4. Arbeiter Gustav Karl Lange und Auguste Emilie Luszinsky beide zu Treul. 5 Schneider Andreas Julius Broecker und Auguste Szymaiski, geb. Saffran. 6. Arbeiter Robert Litterski zu Brosin und Katharina Maschke zu Sdrojen. 7. Eigenthümersohn Karl Friedrich Pardeyke und Auguste Albertine Louise Baith beide zu Schönehr. 8. Arbeiter Johann Meggert zu Podgorz und Anna Jaglowski zu Lischin. 9 Bäckergeselle Dombrowski zu Thorn-Papau und Valeria Sarnowski zu Mlyniec 10. Arb. Julius Rudolph Digulla und Julie Anna Zemke, beide zu Siemkau. 11 Musiker Karl Julius Köppen und Bertha Charlotte Martin geb Ruther. 12 Schneider Joseph Kusznierz und Eleonare Apollonia Smolinski

d. ehelich sind verbunden:

1 Tischler Anton Vorkowski u. Veronika Sulinski 2. Eisenbahn-Stations-Assistent Friedrich Ludwig Lutter mit Anna Martha Maria Gaedke.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.

Reden

des

Reichskanzlers Fürsten von Bismarck

gehalten

im Abgeordnetenhause am 28. und 29. Januar 1886.

Am 28. Januar.

Ministerpräsident Fürst v. **Bismarck**: Der Passus der Thronrede, an welche sich der uns heute beschäftigende Antrag anknüpft, enthält den Ausdruck der Ueberzeugung der königlichen Regierung, daß in den Grundsätzen, nach welchen seit dem Jahre 1840 in den Landestheilen, deren Bevölkerung polnisch spricht, regiert und verwaltet worden ist, eine Aenderung absolut nothwendig sei. Wir haben durch die Geschichte die Erbschaft überkommen — Sie werden verzeihen, wenn ich bei einer Frage, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit hat, auch einen Rückblick auf die Vergangenheit thue — wir haben die Erbschaft überkommen, uns mit zwei Millionen polnisch sprechender Unterthanen, so gut wir können, auf denselben Gebieten, welche die Grenzen des preußischen Staates umschließen, einzuleben. Wir haben diese Situation nicht gemacht; unsere Politik kann von sich dasselbe sagen, was, ich weiß nicht mehr, auf welcher Forstakademie geschrieben steht: wir ernten, was wir nicht gesäet haben, wir säen, was wir nicht ernten werden.

So stehen wir auch zu der Vergangenheit, die vor 1815 liegt. Das Jahr 1815 hat dem preußischen Staat eine Grenze geschaffen, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen kann; er bedarf dieser Grenze zur Verbindung seiner Provinzen, zur Verbindung zwischen Breslau und Königsberg, zu seinem Verkehrsleben sowohl wie zu seiner Vertheidigung und seiner Sicherheit. Ich kann es nur als eine politische Verirrung ansehen, wenn im Jahre 1848 deutsche Politiker sich gefunden haben, die glaubten, sie könnten diese Grenze um, ich weiß nicht welchen schmalen Grenzstreifen, mit dem der polnischen Nation auch nicht gedient sein würde, zurückverlegen.

Verwaltung der Provinz Posen bis zum Jahre 1830. Die Proklamationen Friedrich Wilhelms III. enthalten keine bindenden Versprechungen.

Im Jahre 1815 hat man zuerst sich die Schwierigkeit der Situation, in die man eintrat, nicht vergegenwärtigt, wohl hauptsächlich, weil damals auf die Stimmung der Einwohner weniger Gewicht gelegt wurde, als auf die der Staatsmänner. Die Staatsmänner, die 1815 bei uns am Ruder standen, der Fürst v. Hardenberg in erster Linie und, ich glaube, damals der erste Präsident der posenschen Regierung, Herr v. Zerboni, der bedeutende Besitzungen in Südpreußen jenseits der heutigen Grenze besaß, lebten noch mehr unter dem Eindruck der kurz vorher stattgehabten Verhandlungen, in welchen Preußen ein größeres polnisches Gebiet erstrebt hatte. Herr von Zerboni besaß große Güter in demjenigen Theil von Südpreußen, welcher nicht wieder zu Preußen gekommen war. Der Wunsch, der damals vorherrschte, vielleicht bei einem späteren Ausgleich noch eine weitere Verrückung unserer Ostgrenze gegen die Weichsel hin zu gewinnen, der Wunsch, zu diesem Behufe in der polnischen Bevölkerung der zum Königreich Polen geschlagenen Landestheile Propaganda für Preußen zu machen, hat einigermaßen die Sprache diktirt, die der Fürst von Hardenberg damals dem Könige, seinem Herrn, den neu erworbenen polnischen Unterthanen gegenüber angerathen hat. Es war das eine Politik, die wir heutzutage gewiß mißbilligen können; sie war ungeschickt. Sie hatte indessen damals zu keinem vertragsmäßigen Abkommen irgend einer Art geführt. Die Proklamationen, mit denen König Friedrich Wilhelm III. Besitz von den ihm wieder zugefallenen Theilen Südpreußens ergriffen hat, enthalten die Kundgebung der Absichten des Königs, die Kundgebung der Grundsätze, nach welchen er zu regieren gedachte. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, wie auch immer seine polnischen Unterthanen sich benehmen könnten, ist der König in keiner Weise eingegangen (oho! bei den Polen), und die Versprechungen, die ehrlich vom Könige gegeben, von seinen Dienern vielleicht nicht ganz in derselben Stimmung gemeint worden, sind seitdem durch das Verhalten der Bewohner dieser Provinz vollständig hinfällig und null und nichtig geworden. (Lebhafter Widerspruch bei den Polen. Sehr wahr! rechts.) Ich gebe meinestheils keinen Pfifferling auf irgend eine Berufung auf die damaligen Proklamationen. (Große Unruhe bei den Polen und im Zentrum.)

Der Glaube, sich mit den Polen einleben zu können, und die Abneigung, die Schwierigkeiten davon zu untersuchen, gewannen auch einen Anhalt in der Thatsache, daß man in Schlesien mit einer Million polnisch redender Unterthanen ohne jede Schwierigkeit lebte, sowie in der Erinnerung an die Zeit vor 1806, in der die Leidenschaften international nicht in dem Maße aufgeregt waren, in der ein sozial erträgliches Verhältniß zwischen Deutschen und Polen stattfand, vielfacher Verkehr der Polen hier in Berlin am Hofe und in der Gesellschaft.

Die Provinz Posen nach 1830. Votum des Generals von Grolmann über das „böse Prinzip“ der Provinz, den polnischen Adel.

Diese Art von Vertrauensseligkeit wurde plötzlich gestört durch den Aufstand in Warschau von 1830 und durch das Auftauchen einer polnischen Frage im europäischen Sinne unter Betheiligung und Mitwirkung anderer Nationen, die seitdem nicht wieder von der Bildfläche vollständig verschwunden ist.

Welchen Eindruck dieses damals auf die preußischen Autoritäten machte, darüber haben wir ein Votum, welches der damalige kommandirende General in Posen, Herr von Grolmann — ein Name, der keineswegs an reaktionaire Tendenzen erinnert — über die Situation in Polen einreichte und welches das Datum vom 25. März 1832 trägt. Es liegt nicht in meiner Absicht, Sie mit der Vorlesung dieses ganzen Votums zu belästigen: ich will nur zur Charakterisirung der damaligen Situation die erste Seite vorlesen:

> Als der geringe Theil

— ich bitte aber die Herren Stenographen, nachzuschreiben; ich kann dieses Aktenstück nicht aus den Händen geben —

> Als der geringe Theil der ehemaligen preußischen Besitzungen in Polen im Jahre 1815 unter dem Namen eines Großherzogthums Posen wieder mit dem preußischen Staate vereinigt ward zählte dieses von ungefähr 800 000 Einwohnern bewohnte Land 350 000 Teutsche und 450 000 Polen und Juden. Durch seine Lage im Herzen des preußischen Staates, auf der Verbindung zwischen Schlesien, Preußen und Pommern, nur 18 Meilen von Berlin entfernt, gehört dieses Land so innig zum preußischen Staate, daß jede Idee einer Trennung von demselben als wahrer Hochverrath angesehen werden muß, und jeder, der es ehrlich mit seinem Vaterlande meint, seine letzte Kraft anspannen muß, nicht allein, um dieses Land dem preußischen Vaterlande zu erhalten, sondern es auch gutgesinnt, das heißt teutschgesinnt zu machen.

Ich lese noch eine Seite, die mir besonders prägnant erscheint, und die bereits einen Anklang bietet für die Maßregeln, die wir jetzt vorhaben:

> Im Großherzogthum Posen befinden sich einige Hundert polnische, güterbesitzende Edelleute, die mit ihrem Besitz, ihrem Anhange von Vettern, Schlachtschützen, Woyten, Vögten und Hausbedienten einige Tausend Köpfe bilden, die das böse Prinzip der Provinz sind,

— sagt der General Grolmann —

> und deren allmälige Entfernung von dem wesentlichsten Nutzen sein würde, da noch Generationen darüber hingehen, ehe ihre polnische Natur sich zu einer staatsbürgerlichen preußischen ausgebildet haben wird. (Sehr gut! bei den Polen.)
>
> Der anliegende Aufsatz entwickelt einige Ideen, wie Preußen von diesen gefährlichen Menschen, ohne Ungerechtigkeiten zu begehen, zu befreien ist, die mir einer Beherzigung werth scheinen, und die ich deswegen beifüge. Es ist wohl kein Zweifel, daß, wenn Preußen die ansehnlichen Kosten, die uns die Anstalten gegen die polnischen Insurrektionen gekostet haben, in den letzten 15 Jahren verwendet hätte, um die polnischen Gutsbesitzer auszukaufen, das Großherzogthum Posen eine ganz sichere preußische Provinz wäre, statt daß wir jetzt durch jeden unvorhergesehenen Zufall und vielleicht unter viel schlimmeren Verhältnissen als bisher noch zu viel größeren Opfern genöthigt sein werden u. s. w.

Das Aktenstück eignet sich wegen seiner, wie Sie schon aus dieser kleinen Probe ersehen haben, scharfen und polemischen Fassung nicht zur vollständigen Veröffentlichung; aber ich werde dasjenige, was ohne Unhöflichkeit gegen lebende Leute veröffentlicht werden kann, doch der Presse demnächst anheimgeben. Ich verzichte deshalb auf eine weitere Verlesung.

Verwaltung Posens unter Friedrich Wilhelm IV. Die preußische und ausländische Demokratie verbündet sich mit den Polen gegen Preußen.

Das Ergebniß dieser in dem Grolmannschen Elaborat keimenden Auffassung war das, was man heutzutage die Flottwellsche Politik nennt. König Friedrich Wilhelm III. war diesem Gedanken zugänglich, und es wurde von Seiten des Königs und des Finanzministers eine nicht sehr erhebliche Summe bewilligt, für welche Güter aus polnischen Händen aufgekauft wurden, um sie zur Vermehrung der deutschen Bevölkerung in der Provinz weiter zu veräußern. Wenn auch diese Operationen nicht überall und in jedem einzelnen Fall mit Geschick, und namentlich späterhin auch nicht unter Festhaltung der ursprünglichen Bestimmung betrieben worden sind, so haben sie doch, so lange dieses System das herrschende in der Verwaltung war, einen erheblichen Zuwachs der deutschen Bevölkerung geschaffen. Das System wurde aber außer Kraft gesetzt, als im Jahre 1840 der hochselige König zur Regierung kam, der seinerseits der Meinung war, daß die wohlwollenden Gefühle, welche er für seine polnisch sprechenden Unterthanen hatte, das Vertrauen, welches er zu ihnen hatte, auf der anderen Seite durch analoge Gefühle vollständig erwidert würde, und der in diesem Glauben bestärkt wurde durch eine Rundreise, die er bald nach seiner Thronbesteigung in der Provinz bei den hervorragendsten Edelleuten der polnischen Nation machte; er glaubte — ein altes Sprüchwort sagt, „Zutrauen bewirkt Edelmuth“ —, man habe die Polen nur unschuldig gekränkt, sie würden treue Unterthanen ihres wohlwollenden Königs sein, wenn man ihnen mit Vertrauen entgegenkäme, und die Wohlthaten der preußischen Regierung im Vergleich mit den Zuständen, in denen sich die Bevölkerung früher befand — ja, ich kann, ohne unsere Nachbarn zu verletzen, wohl sagen, in denen sich auch die jenseits der Grenze lebenden Polen befanden — würden allmälig die Herzen gewinnen. Der hochselige König wurde aus diesen vertrauensvollen Empfindungen in einer gewissen unangenehmen Weise gestört durch die insurrektionellen Bewegungen, die vom Jahre 1846 bis 1848 in den verschiedensten Phasen stattfanden. Er mußte erleben, daß im Jahre 1848 auf den Barrikaden von Berlin ein Bündniß zwischen der preußischen und ausländischen Demokratie und den Polen ge-

schlossen wurde, was zur Folge hatte, daß kurze Zeit darauf mehrere Tausende preußische Unterthanen theils polnisch-, theils deutschredende, im Großherzogthum Posen in gegenseitigen Kämpfen erschossen oder verwundet wurden. Indessen das Ergebniß der damaligen Ereignisse war doch immer ein gesetzlicher Zustand, der den polnischen Bestrebungen dieselbe Freiheit der Bewegung verfassungsmäßig und gesetzmäßig verschaffte, welche den deutschen Unterthanen gewährt waren; die Freiheit der Bewegung aber, die die Polen gewannen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens, hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen und Entgegenkommen für Deutschland zu vermehren; im Gegentheil, wir sehen als Frucht davon nur eine Verschärfung der nationalen Gegensätze, das heißt eine einseitige Verschärfung auf der polnischen Seite.

Vorliebe der Deutschen für das Ausländische. Ihre Sympathien für die polnischen Flüchtlinge. Letztere halten an der Wiederherstellung des Königreichs Polen fest.

Der Entwickelung derselben kam die Eigenthümlichkeit des deutschen Charakters in manchen Hinsichten entgegen, einmal die deutsche Gutmüthigkeit und Bewunderung alles Ausländischen, eine Art von Neid, mit dem unsere Landsleute Denjenigen betrachten, der im Auslande gelebt und gewisse ausländische Allüren angenommen hat, und dann auch die deutsche Tradition, die eigene Regierung zu bekämpfen, wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war (hört, hört! rechts), endlich die eigenthümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus, sondern in die eines Ausländers hinein zu fahren (Heiterkeit) und vollständig Pole, Franzose oder Amerikaner, kurz und gut, etwas der Art zu werden. Ich erinnere mich aus meiner Kindheit, die populärsten Melodien in Berlin, die ich gelernt habe, waren polnische vom alten Feldherrn:

> Denkst Du daran, mein tapferer Lagienka (Heiterkeit);
> Fordere niemand, mein Schicksal zu hören;
> Mein Vaterland . .

Das war aber nicht etwa das deutsche Vaterland, sondern das polnische, was der Berliner Leierkastenmann damit beklagte. Es hatte das seinen entsprechenden Zwilling in dem Interesse für alles Französische. Wer hat, der mit mir gleichaltrig ist, nicht Bertrands Abschied z. B. mit Begeisterung vortragen hören, oder die Poesien des Freiherrn v. Gaudy oder Anderer zur Verherrlichung Napoleons I., der die Deutschen recht gründlich gehauen hatte, wofür sie ihm eine Dankbarkeit bewiesen, die ich durch kein zoologisches Beiwort charakterisiren mag (große Heiterkeit). Ich erinnere an die Bewunderung des fremden Waffenglanzes in der mitternächtigen Parade, kurz an alle diese Schwächen der Deutschen. — Ich entsinne mich meiner Universitätszeit in Göttingen im Jahre 1832, wo eine Art Depot für polnische Flüchtlinge aus dem Aufstande vom Jahre 1831 sich damals befand. Ich lernte damals als junger Mensch einige der hervorragenden Leute des damaligen polnischen Reichstags kennen. Es waren interessante, liebenswürdige Leute. Aber das, was mich im Augenblick daran interessirt, ist die Erinnerung an die Begeisterung, mit der diese Polen in allen Städten Mitteldeutschlands empfangen wurden. Ich habe nachher den Empfang unserer aus siegreichen und gerechten Kriegen zurückkehrenden Armee erlebt; aber so warm war er kaum, wie der Empfang dieser polnischen Flüchtlinge in jeder deutschen Stadt (oho!), die dadurch — ich habe sie selbst gesprochen — keineswegs in ihren Bestrebungen entwaffnet wurden gegen Deutschland und deutsch umgestimmt wurden. Ich entsinne mich, daß ich mit einem der Herren zufällig über die slavischen Reminiszenzen sprach, die in den Namen vieler Ortschaften in meiner Heimath sich zeigten aus den früheren wendischen Zeiten her, und daß mir der sagte — die Unterredung wurde französisch geführt — attendez, nous leur rendrons bientôt leurs noms primitifs.

Sie finden es ja auch in den Aufrufen aus den Revolutionen von 1846 und 1863 bestätigt, daß die Hersteller Polens auch nicht auf eine einzige Dependenz verzichteten; — die Provinz Pommern gehört gerade so gut dazu wie Pomerellen, und Pomerellen gerade so gut wie Warschau selbst.

Ich habe schon erwähnt, wie groß das Entgegenkommen der Bewohner der heutigen deutschen Residenz damals im Jahre 1848 gegen die Polen war. Ich erinnere mich, daß ich an der Ecke der Charlottenstraße und Linden im Publikum den Zug der Beerdigung der gefallenen Märzkämpfer angesehen habe, und daß dabei in einigem Widerspruch zu einer Trauerfeierlichkeit auf einem reich geschmückten Wagen in einem malerischen polnischen Kostüm Mieroslawski stand, der der eigentliche Held des Tages war. Sein Aufzug — und er sah sehr gut aus, kann ich Ihnen versichern — (Heiterkeit) machte auf die Berliner fast mehr Eindruck, beschäftigte die Gemüther fast mehr, als der des Königs, durch den die Absicht kundgegeben wurde, daß Preußen in Deutschland aufgehen sollte; also die deutsche Nationalität ging damals spurlos vorüber, obschon sie durch den höchsten Träger der preußischen Nationalität repräsentirt war.

Fürst Bismarck verfolgt seit seinem Amtsantritt als Ziel die Entwickelung der deutschen Nationalität, wird aber von der Fortschrittspartei darin bekämpft.

Am allerstärksten bethätigte sich die Sympathie für Polen noch einige Zeit später, wie ich bereits an dieser Stelle als preußischer Minister stand. Es wird im nächsten Monat genau 23 Jahre, daß ich von dieser selben Stelle her eine Polendebatte zu führen hatte von einer Lebhaftigkeit, die, wie ich hoffe, die heutige nicht erreichen wird. Ich war damals hierher gekommen und hatte das Ministerium übernommen in der Hauptsache, um Sr. Majestät dem König meine Dienste im Kampfe für die Monarchie gegen die damals erstrebte Herrschaft der Fortschrittspartei zu leisten. Wenn ich außerdem noch persönliche und positive Nebenzwecke hatte, so waren es die, von dieser einflußreichen Stelle aus der Entwickelung der deutschen Nationalität nach Möglichkeit zu dienen. (Bravo!) Die Veröffentlichungen, die über meine Thätigkeit in Frankfurt a. M. seitdem stattgefunden haben, werden mich überheben, die Thatsache näher nachzuweisen, daß ich die Absicht, Deutschland auf nationalem Wege zu dienen, in diese Stellung hineinbrachte und mich durch keine Anfeindung darin habe irre machen lassen. Ich wurde empfangen mit Entrüstung, darüber, daß man „diesem Menschen" die wichtigste Stellung in Deutschland beilegte. — Dieses Epitheton habe ich damals ertragen müssen. Ich zweifle garnicht, daß unter meinen Gegnern sehr viele mit mir dieselben Ziele erstrebten; aber ich weiß nicht, ob nicht mit der Art, wie sie sich die Erreichung dieser Ziele dachten, doch immer der Nebengedanke verbunden war, daß sie entweder persönlich oder durch die Partei, der sie angehörten, eine hervorragende Rolle bei dem Uebergang in das neue Verhältniß spielen würden; vielleicht war ihnen der Gedanke unerträglich, daß ein Fremder ihnen ihre Aufgabe vorweg nähme, und zwar Jemand, mit dem Viele von ihnen kurze Zeit vorher in diesen selben Räumen im scharfen parlamentarischen Kampfe gestanden hatten. Es ist mir erinnerlich, daß damals Jemand, den ich vollständig eingeweiht hatte in meine Absichten, die ich damals unmöglich sagen konnte, ohne sämmtliche Großmächte zu entfremden und den europäischen Seniorenkonvent schleunigst gegen uns aufzubringen, daß dieser Herr — er lebt nicht mehr, sonst würde ich davon nicht sprechen —, der nach seiner amtlichen Stellung verpflichtet war, mir beizustehen, damals, so wie ich ihn eingeweiht hatte, zu Anderen in meiner Abwesenheit sagte: „Nun macht dieser Mensch meine Politik und macht sie falsch!" (Lebhafte Heiterkeit.)

Das Gefühl hatten sehr viele von den Herren, die mir damals in diesen Räumen feindlich entgegenstanden. Ich kann nicht dafür, daß ich damals nicht verstanden worden bin; ich habe mich namentlich in den bekannt gewordenen und zwar nicht ganz richtig bekannt gewordenen Aeußerungen, die durch die Worte „Blut und Eisen" gekennzeichnet waren, — recht deutlich darüber ausgesprochen, deutlicher fast vielleicht, als es gut war damals. Es handelte sich um militairische Fragen, und ich hatte gesagt: legt eine möglichst starke militairische Kraft, mit anderen Worten, möglichst viel Blut und Eisen in die Hand des Königs von Preußen, dann wird er die Politik machen können, die Ihr wünscht; mit Reden und Schützenfesten und Liedern macht sie sich nicht, sie macht sich nur durch „Blut und Eisen". (Bravo! rechts.) Das ist die Sache. Ich wäre vielleicht verstanden worden, wenn ich nicht zu viel Rivalen auf diesem Gebiete, Deutschland herzustellen, damals gehabt hätte. (Heiterkeit.) In dieser Lage also befand ich mich mit einer bewußten Absicht, die ich noch nicht aussprechen durfte, weil, wenn ich es gethan hätte, mir eine Unterstützung weder bei Rußland noch Frankreich, weder bei Oesterreich noch auch bei England anders als bei dem Letzten mit Worten und bei den Anderen auch nicht einmal mit Worten — zu Theil geworden wäre. — Die Saat, die ich sorgfältig kultivirte, wäre im Keime erstickt worden durch einen kombinirten Druck des gesammten Europa, das unsern Ehrgeiz zur Ruhe verwiesen hätte, denn aus Liebe für uns hätte Keiner etwas für die deutsche Sache gethan, auch nicht einmal aus Interesse.

Stellung Preußens im Jahre 1863 zu Rußland. Feindseligkeit Napoleons III.

In diesen Erwägungen befand ich mich bereits, als ich Gesandter in Petersburg war, wo ich doch berufen war, an der auswärtigen Politik nicht blos, sondern auch an der deutschen Politik des preußischen Staates einen persönlichen Antheil zu nehmen, und ich hatte dort die russischen Verhältnisse Polen gegenüber aus nächster Nähe beobachten können, in Folge des großen persönlichen Vertrauens, welches mir der hochselige Kaiser Alexander schenkte. Ich hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß im russischen Kabinet zwei Prinzipien thätig waren: das eine, ich möchte sagen, das antideutsche, welches das Wohlwollen der Polen und der Franzosen zu erwerben wünschte und welches hauptsächlich vertreten war durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakow und in Warschau durch den Marquis Wielopolski, das andere, das hauptsächlich in dem Kaiser und anderen seiner Diener Sitz hatte, das auf dem Bedürfniß beruhte, die freundschaftlichen Beziehungen mit Preußen unter allen Umständen festzuhalten — und man kann sagen: eine preußenfreundliche, antipolnische und eine franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Kabinet. Wer die Verhandlungen der damaligen Zeit gelesen hat, wird sich der berüchtigten Konvention vom 8. Februar, der sogenannten Seeschlange, erinnern, die, wie der Erfolg gezeigt hat, praktisch gar kein Resultat hatte — militairisch; aber sie hatte ihre Bestimmung erfüllt in dem Moment, wo sie in Petersburg unterzeichnet wurde, das heißt: sie entschied über die Parteinahme der kaiserlich russischen Politik für Preußen gegen die polnischen Bestrebungen, die bis dahin sehr zweifelhaft war.

Deshalb war meine Stellung als auswärtiger Minister dem russischen Kabinet gegenüber einigermaßen vorbereitet, und von allen europäischen Kabinetten damals konnte man nur von diesem, ich will nicht sagen: eine Unterstützung, aber doch eine tolerari posse unserer deutschen Politik allenfalls erwarten. Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehungen zu Petersburg besonders zu pflegen. Wenn ich mir bewußt war, mit der Mehrzahl meiner Landsleute in diesem Raume der Volksvertreter ein und dieselben nationalen Ziele zu erstreben, so war es hart für mich, daß ich für die Erreichung dieses Zieles auch von keinem Einzigen eine Unterstützung, eine Mitwirkung zu diesem Zweck zu erwarten hatte, im Gegentheil, die eigenthümliche Lage, in die wir durch eine geheime Konvention, der gegenüber man einen Bruch des zugesicherten Geheimnisses von mir zu erpressen suchte, gebracht waren, lieferte die Mittel, die übrigen europäischen Kabinette gegen uns zu verhetzen, ihnen gewissermaßen Anzeige zu machen von unseren Schwächen und von Fehlern, die diesseits begangen wären, uns — ich kann es nicht anders nennen — in Paris und in London zu verklagen wegen der russenfreundlichen Politik, die wir machten, und es war nicht ohne Erfolg. Ich habe durch einen Zufall, der im Jahre 1870 stattfand, in dem eine Anzahl geheimer französischer Papiere in unsere Hände fiel, Indizienbeweise in die Hand bekommen für die Verbindungen, die damals von hiesigen Mitgliedern der Opposition mit der hiesigen französischen Gesandtschaft stattgefunden haben. (Hört! hört! rechts.) Ich werde das Geheimniß darüber auch ferner bewahren, weil ich eine Veröffentlichung nicht für nützlich halte. Es sind seitdem 23 Jahre vergangen, und manche politische Auffassung hat sich geändert, und Alle haben in der Politik etwas gelernt seitdem; die politische Bildung ist heut eine andere.

Also es war für uns eine sehr bedenkliche, vollkommen isolirte Lage, in der wir uns bei der damaligen polnischen Debatte in diesen Räumen befanden. Beim Beginn der polnischen Insurrektion fand ich in Paris noch eine so ziemlich wohlwollende Beurtheilung; man war dort mehr antirussisch, als antipreußisch. Aber, nachdem die Verhandlungen im Abgeordnetenhause stattgefunden hatten, die gewissermaßen ein Appell des Hauses an das Ausland waren in dem Sinne, wie das englische Sprichwort sagt: Hit him, he has no friend — haut ihn, er hat keinen Freund, — in der Art wurden wir denunzirt in Paris. Da wechselte die Auffassung des Kaisers Napoleon, und er fing an, auf uns zu drücken in einer unfreundlichen Weise. Und daß wir nicht in Folge dieser Verhandlungen in diesen preußisch-deutschen Räumen nachher unter die Schraube einer diplomatischen Pression genommen worden sind, bei der England, Frankreich und Oesterreich vereinigt waren, und die nur entweder mit einem schmählichen Rückzug oder mit der Aufgabe des Krieges, zu dem Rußland 1863 geneigt war, als Verbündete Rußlands endigen konnten, das danken wir nur den deutschfreundlichen Regungen, die schließlich der alte Lord Russel in England noch hatte; England lehnte es ab, sich den Absichten Frankreichs anzuschließen. In der Gefahr befanden wir uns, isolirt, und Preußen war damals nicht so stark wie jetzt, wir hatten den Deutschen Bund nicht hinter uns. Ich stand genau an dieser selben Stelle und wurde in diesen Räumen von der fast einstimmigen Versammlung mit einer Fluth voll Hohn und Haß überschüttet, wo ich dachte: nun, da ist der englische und der französische Botschafter doch noch weniger gehässig und feindlich gegen mich, als meine Landsleute im preußischen Landtage. (Hört! hört! rechts.) Ja, meine Herren, Sie finden das jetzt lächerlich; Sie haben nicht an meiner Stelle gestanden; Sie haben nicht Tag und Nacht das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschicke des Landes umhergetragen, was mich keine Minute verlassen hat in jener Zeit; seien Sie versichert davon.

Aktenstücke über die Stellung Englands.

Ich möchte Ihnen zur Bewahrheitung dessen doch noch von den ungeheuerlichen Aktenstößen, die ich, um keinen Irrthum zu begehen, in diesen Tagen durchgesehen habe, ein paar Telegramme anführen.

Eins ist vom 6. März von dem preußischen Botschafter in London, Grafen Bernstorff:

> Baron Brunnow, der heute Lord Russel gesehen, hat mir eben noch bestätigt, daß das englische Kabinet die verdächtigenden Absichten Frankreichs durchschaut und sich nicht von ihm will mit fortreißen lassen, sondern daß es die Sache Preußens in der polnischen Frage von der Rußlands trennt und die erstere jetzt als beseitigt ansieht, wenn nicht noch eine Intervention von anderer Seite stattfindet.

Ein Telegramm aus London, etwas älter, vom Februar, lautet:

> Zwei telegraphische Depeschen von gestern und eine von heute erhalten. Lord Russel erkennt an, daß Ew. Exzellenz Erklärung im Abgeordnetenhause die Bedeutung der Verabredungen mit Rußland abgeschwächt, glaubt aber doch nicht ganz auf die Depesche verzichten

zu können, so lange die königliche Regierung nicht erklärt, daß sie die Konvention nicht ausführen will.

Das war also doch eine für jede unabhängige großmächtige Regierung demüthigende Zumuthung, daß wir das zurücknehmen sollten; darauf konnten wir auf keinen Fall eingehen. Sie finden von dieser Depesche zu der ersten einen Fortschritt in der Entwickelung der Preußenfreundlichkeit Englands. Nachdem letzteres gesehen hatte, daß es Frankreich Ernst werden wollte, wollte es doch nicht gegen den alten Verbündeten von Waterloo Arm in Arm mit Frankreich auf diese Weise auftreten.

Unsere Situation war nicht ganz so aussichtslos, wie es den Anschein hatte, wenn man nur die drei Kaisermächte, die damals, England-Indien mit eingerechnet als Kaisermacht, die polnische Bewegung unter ihren Schutz nahmen, betrachtet. Die russische Politik war sehr geneigt, den Degen zu ziehen, und ist im Laufe des Sommers 1863 nur durch die Abmahnungen Seiner Majestät des regierenden Kaisers davon abgehalten worden. Es würde auch diese Absicht wahrscheinlich nur ausgeführt worden sein, wenn Rußland auf das Bündniß Preußens, auf das gleichzeitige Losschlagen Preußens hätte rechnen können. Mancher glaubte vielleicht, daß durch einen solchen Krieg, bei all den Beschwerden, die wir damals gegen unsere deutschen Verbündeten hatten, eine zweckmäßigere Erledigung der deutschen Angelegenheiten oder wenigstens Förderung viel früher hätte stattfinden können, als nachher geschehen ist. Seine Majestät der König hat es sich aber stets versagt, die deutsche Frage anders als mit eigener Macht zu lösen und auch seine Zwistigkeiten mit Oesterreich anders als unter vier Augen, — ich meine, im weitesten Sinne des Worts — kurz und gut ohne fremde Hilfe zu erledigen. Diese Erwägung, das Bedürfniß, der deutschen Entwickelung einen rein selbstständigen Charakter zu bewahren und keiner auswärtigen Macht für irgend welche Förderung in dieser Richtung Dank schuldig zu sein, hat uns abgehalten, auf diese Richtung einzugehen. (Bravo!)

Das oben erwähnte Telegramm vom Februar fährt fort:

> Eine Sommation durch identische Noten wird nicht beabsichtigt. Das englische Kabinet will überhaupt weder Preußen drohen, noch sonst verletzen; es weiß aber, daß die öffentliche Meinung ihm nicht gestatten würde, Preußen beizustehen, wenn Frankreich es angriffe, und wünscht daher dringend, daß die königliche Regierung durch Beobachtung völliger Neutralität der französischen Regierung jeden Vorwand entziehe.

Nun, diese öffentliche Meinung in England war doch nicht zum geringsten Theil aufgeregt durch die Debatten und die Aeußerungen, die hier stattgefunden haben, und durch die Art, in der sie von hier aus angerufen war, wie auch die Verhandlungen des englischen Parlaments und der französischen parlamentarischen Regierung hier die Hauptrolle eigentlich in den Debatten spielten.

Bei den jüngsten Reichstagsverhandlungen ist dies nicht ganz in dem Maße geschehen und auch nicht möglich gewesen. Denn unsere Stellung ist nicht mehr eine so exponirte, wie sie es damals war; auch haben wir mehr Freunde im Auslande. Aber ich muß doch daran erinnern, daß eigentlich die Hauptargumente, die von unseren Gegnern im Reichstag geltend gemacht wurden, den Verhandlungen einer zwar befreundeten aber immer auswärtigen Macht, der österreichischen, entnommen waren. Es war immer ein Anklang, ein milder Anklang an die Debatten von 1863; nun die Zeiten sind ja überhaupt besser geworden. (Heiterkeit.)

Ein anderes Telegramm aus London vom 23. Februar lautet:

> Die öffentliche Meinung ist mehr und mehr aufgeregt wegen Polen, und auch die Freunde Preußens bedauern lebhaft die Unterstützung, welche es Rußland gewährt. Die Sprache der französischen Blätter, namentlich des „Constitutionnel“, erschreckt hier im Publikum und läßt eine Einmischung Frankreichs befürchten. Heut ist wieder Interpellation im Unterhause.

Ich verlese Ihnen dies Telegramm, damit Sie vollständig die Stimmung würdigen können, mit der ich damals hier die Angriffe im Interesse Polens abzuwehren hatte. Hier ist noch ein Bericht aus Paris vom 5. März, von dem ich nur die Anfangszeilen verlese:

> Schon seit einigen Tagen war es nicht mehr zu bezweifeln, daß der von Frankreich gemachte und in der hiesigen Presse bereits als eine vollendete Thatsache bezeichnete Versuch, aus Anlaß der von der königlichen Regierung mit Rußland getroffenen Verabredungen im Verein mit Oesterreich und England eine diplomatische Kollektivaktion gegen Preußen einzuleiten, gescheitert sei am Widerstande Englands.

Auch hier sind noch die Mittheilungen, die wir darüber an die deutschen Regierungen gerichtet haben; die verlese ich nicht. Ich werde sie vielleicht der Presse übergeben.

Die Fortschrittspartei bekämpft im Jahre 1863 die nationale Politik der Regierung und stärkt dadurch die Stellung Napoleons III.

Ich habe noch einige Beispiele zu zitiren, die meine Aeußerung über die Analogie zwischen der damaligen und jetzigen Situation im Reichstage bestätigen. Es sind inzwischen 23 Jahre politischer Zivilisation über uns hinweggegangen, und wir sind so bösartig doch nicht mehr wie damals. Also beispielsweise ein Herr, der noch unter uns lebt und thätig ist, der Abg. Virchow hielt damals eine Rede, die von Anfang bis zu Ende nur Bezug nimmt auf die Vorgänge im Auslande, auf „die Mittheilungen, welche wir theils durch das englische Parlament, theils auf dem Umwege durch den französischen Senat erhalten haben“, auf die „scheinbar zuverlässigen Erklärungen der englischen und französischen Regierung“, die Aeußerungen der „Times“ und die offiziellen Depeschen, welche die französische Regierung inzwischen publizirt hatte.

In der Rede heißt es:

> Gegenüber den Angriffen des „Staats-Anzeigers“ und der Amtsblätter ist es gewiß nicht ohne Werth, daß wir nun sowohl von London als Paris aus erfahren haben, daß zu einer Zeit, wo der Herr Ministerpräsident es immer noch ablehnte, irgend welche Vorstellungen von auswärtigen Regierungen erfahren zu haben, der englische Botschafter Vorstellungen erhoben hat und daß der französische Botschafter beauftragt wurde, Position zu nehmen gegen das preußische Kabinet.

Es wurde dies mit einem gewissen Triumphe gesagt, um den eigenen Minister einer Unwahrheit ungerechtfertigter Weise zu zeihen.

> . . . Es ist für dieses Haus kein Gegenstand großer Befriedigung, aus der Rede des französischen Ministers gehört zu haben, daß die Haltung, welche dieses Haus in der Frage angenommen hat, von entscheidendem Werth gewesen ist.

Also diese Schmach — kann ich nun sagen — wurde uns angethan, daß der französische Minister damals offen anerkannte, die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause wären ihm bei den feindseligen Absichten gegen Preußen von ganz besonderem Nutzen und Werth. (Hört! hört! rechts.)

> Wir brauchen diese Zeugnisse des Auslandes nicht; aber immerhin scheint es mir doch, daß, wenn selbst auswärtige Minister anerkennen, daß in einer Frage, welche die öffentliche Ruhe Europas in einem so hohen Maße bedroht, die Haltung dieses Hauses ganz entsprochen hat den Grundsätzen einer gesunden Politik, den Grundsätzen einer Politik, welche ebenso sehr die Interessen des eigenen Landes, wie die Interessen des europäischen Friedens überhaupt wahrte — daß dann wohl dieses Haus einmal Anspruch erheben durfte, von der königlichen Regierung andere Arten von Mittheilungen entgegenzunehmen, als es bis jetzt geschehen ist.

Es geht weiter in diesem Ton:

> Dasselbe erklärt jetzt der Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Frankreich, indem er geradezu in einer Depesche an den französischen Gesandten in Berlin sagt: In unseren Augen jedoch ist der größte Uebelstand der von Preußen gefaßten Beschlüsse der, daß er gewissermaßen die polnische Frage selbst wieder ins Leben ruft.

Erst durch den Lärm also, der hier im Hause geschlagen wurde über die Konvention — die, ich weiß nicht, durch welche Indiskretion bekannt geworden war, vielleicht durch eine russische, — denn dem Fürsten Gortschakow war sie äußerst unangenehm, er beklagte sie, der Kaiser hatte sie aber befohlen — erst durch den Lärm, der hier im Hause geschlagen wurde, wurde Europa aufmerksam gemacht, daß es hier einen Vorwand finden könnte, und erst seitdem hatten wir die französischen Verstimmungen. Herr Virchow schloß seine vorher zitirte Rede mit den Worten:

> so daß wir die Besorgniß hegen müssen, es würde nicht mehr so lange dauern, wo auf das Warschau ein zweites Olmütz folgen wird.

Sie wissen, daß sich diese Prophezeihungen nicht bestätigt haben. (Heiterkeit.)

Ich muß doch, gerade weil der Rückblick auf diese damaligen Vorgänge für die Beurtheilung, die die heutige Haltung einiger Parteien im Lande finden wird, nicht ohne Wirkung sein wird, noch einige weitere Auslassungen von damals zitiren. Da war der Abg. v. Unruh, derselbe Herr, der mir gegenüber früher einmal, als ich Gesandter in Petersburg war, im vertrauten Gespräch die Aeußerung gethan hatte: „Für ein deutsches Parlament geben wir Alle eine Diktatur“; — ich glaube, er hatte seine eigene darunter verstanden (Heiterkeit) — mir wurde nachher, als wir dieses System hatten, die Diktatur niemals angeboten (Heiterkeit) — Herr v. Unruh sagte:

> Der Herr Ministerpräsident hat die Beantwortung der Interpellation abgelehnt; wir haben dennoch Veranlassung und Stoff genug, eine so brennende Frage hier zur Sprache zu bringen.

Ich habe kein Bedürfniß, alle die Injurien zu wiederholen, die mir gesagt sind, aber die eine ist immer für gewisse politisirende Herren merkwürdig:

> „Die russische Politik ist eine sehr weitsichtige und dadurch unterscheidet sie sich leider von der preußischen.“ (Heiterkeit.)

Die russische und die preußische Politik einigten sich nun aber grade, und dieser Keim von Einigkeit ist uns nachher in mancher anderen Beziehung recht nützlich gewesen. Ich will nun zur Kennzeichnung der Tonart in der damaligen Zeit nur eine Aeußerung des Abg. Waldeck, die mir erinnerlich ist, zitiren: „Ja, de mortuis nil nisi bene“, aber wahrscheinlich hielt er das doch für gut, was er gesagt hat. Er sagte in diesen Räumen: „Wem die Thatsache, daß Preußen die Gendarmendienste für Rußland thut, nicht die Schamröthe auf die Stirn treibt, ist nicht werth, ein Deutscher, nicht werth, ein Preuße zu sein.“ Damit hatte ich mein Urtheil. (Heiterkeit.)

Das alles — erinnern Sie sich an den Ton und die Art, in der dergleichen vorgetragen wurde — machte hier im Hause einen niederschmetternden Eindruck für meine Freunde vielleicht, für mich persönlich nicht. (Heiterkeit.)

Ich habe mir damals nur erlaubt, mich mit stumpfen Nägeln zu wehren, weil ich doch über die auswärtigen Dinge keine unnöthigen Händel beginnen wollte.

Ich habe nur geltend gemacht, daß man, gegenüber von auswärtigen Schwierigkeiten, bei der Beschimpfung der eigenen Minister vielleicht doch auch nach dem Urtheil der Herren eine gewisse Grenze einhalten könnte.

Es hat dabei an Warnungen für die Herren von jener Seite, auch von Seiten ihrer Freunde, nicht gefehlt. Namentlich hielt der Abg. v. Vincke eine meisterhafte Rede in der Art, wie sie Allen, die ihn gekannt haben, noch in der Erinnerung sein wird. Er drückt darin den Wunsch aus, daß das jetzige, das damalige Ministerium den Platz räumen möchte, ohne daß er die Absicht hätte, ihm nachzufolgen; aber in der Sache selbst zitirte er doch Aeußerungen der ministeriellen Gegner, die seinem richtigen politischen Urtheil alle Ehre machen. Er sagte:

> Aus früheren Vorgängen sind wir glücklicherweise in der Lage, ungefähr zu wissen, wie die Herren
>
> — die Polen nämlich —
>
> darüber denken.
>
> Ich will mir erlauben ein Mitglied zu zitiren, das sich neulich bei der Interpellation in den Vordergrund gestellt hat, es war das Mitglied für Inowrazlaw. Derselbe hat uns bei einer früheren Verhandlung gesagt:
>
> Nun, meine Herren, was unsere Losung ist, was wir im Herzen, im Gemüth, im Gefühl und in der Hoffnung tragen, erlauben Sie, daß das unsere Sache ist, und wäre es auch Polen in den Grenzen des Jahres 1772. Niemand kann uns das zum Vorwurf machen.

Der Abgeordnete Windthorst tritt im Reichstage für die Bestrebungen auf Wiederherstellung des Königreichs Polen ein.

Zu meinem Bedauern hat bei der neulichen Reichstagsdebatte gerade diese Aeußerung eines Polen eine Bestätigung durch den Herrn Abg. Windthorst gefunden. Derselbe sagte am 16. Januar 1886 — nicht etwa 1863 —:

> Wenn man eine derartige Maßregel so vertheidigt, dann sind wir allerdings weit gekommen. Sind denn unsere polnischen Mitbrüder außerhalb des Völkerrechts gestellt? Haben sie nicht auf Grund der Verträge, nach denen sie uns gehören, das Recht, das zu thun und zu erstreben, was sie thun?

— also das Polen von 1772 zu erstreben! — (Widerspruch im Zentrum und bei den Polen.)

Ich lese noch weiter, meine Herren:

> Die Sache ist einfach: sie dürfen von alledem, was sie wünschen und erstreben,

— von alledem, beherzigen Sie wohl! —

> nichts durch ungesetzliche Mittel thun.
>
> gerade wie die Welfen —
>
> Wenn sie aber übrigens an ihr altes Vaterland denken und wünschen, daß es wiederhergestellt werden möge, dann kann ihnen das Niemand verwehren (sehr richtig! rechts), und ich muß gegen derartige Excesse deutsch-nationaler Gesinnung, wie sie hier zu Tage gekommen sind, meinestheils Protest einlegen.

Deutsch-nationale Gesinnung! Zu meinem Bedauern sind wir zu dieser Gesinnung erst sehr selten gelangt; ich würde mich freuen, wenn ich nach dieser Seite hin ein gewisses Rumoren und Radschlagen in Deutschland bemerkte (Heiterkeit), — das ist mir aber bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Der Herr Abg. Windthorst giebt also noch heute damit zu, was der Herr Abg. v. Vincke schon damals nicht zugab, obwohl er mein persönlicher Gegner war; er findet, daß man rebus sic stantibus sich über derartige Sachen nicht verwundern dürfe. Ich erinnere mich, daß bei einer Diskussion im Reichstag über das Kullmannsche Attentat auf meine Person der Herr Abg. Windthorst sich ungefähr in derselben Art aussprach; ich vergesse ihm das nicht; wem mein Leben und meine Gesundheit so vollständig gleichgültig ist, macht mir damit immer einen Eindruck (Heiterkeit), und ich habe immer ein gewisses Andenken an diese Zeit gehabt. Der Herr Abg. Windthorst sagte damals — ihm selbst wird ja seine Aeußerung genau in der Erinnerung sein, und der stenographische Bericht wird dies ja bestätigen — wenn man sich so benehme, dann dürfe man sich über solche Folgen nicht so sehr verwundern. (Heiterkeit rechts.) Also ungefähr dasselbe.

Der Abg. von Vincke fährt in seiner Rede weiter fort:

> Wenn Ihnen das noch nicht bestimmt genug sein sollte, so will ich Ihnen noch ein anderes hervorragendes Mitglied zitiren, das zu meinem innigsten Bedauern, ich weiß nicht warum, hier nicht anwesend ist; es ist der Herr v. Niegolewski. Am 22. April 1861 hat er uns gesagt:
>
> Glauben Sie aber nicht, daß wir unsere Hoffnungen auf die Wiederherstellung Polens aufgeben werden. Diese unsere Hoffnung versteht sich von selbst, sie ist unser Evangelium.

— Sie gehört also zu den Hoffnungen, die auch der Herr Abg. Windthorst hegt. Also aus dem eigenen Lager hat eine Stimme, die weniger durch den Haß, der damals geschürt wurde, eingenommen war, die Warnung ertheilt! —

Die Regierung wird niemals die Wiederherstellung Polens innerhalb der preußischen Grenzen zugeben.

Aber, meine Herren, wie ich schon erwähnt habe, es sind, seit ich auf dieser selben Stelle stand und die Aeußerungen, von denen ich einige zitirt habe, gefallen sind, 23 Jahre vergangen; die Leidenschaften sind kühler geworden. Ich habe den Eindruck, daß unsere deutsche Volkserziehung für die europäische Politik doch zu spät begonnen hat, als daß sie 1863 schon hätte vollendet sein können. Wenn wir bedenken, wie viel milder und ruhiger wir uns gegenseitig beurtheilen, als nach den Echantillons aus der gereizten Zeit, die ich zitirt habe, der Fall war, so dürfen wir uns die Hoffnung nicht versagen, daß wir auch ferner Fortschritte in der Versöhnung und gegenseitigen Anerkennung machen werden. Nur bitte ich daran nicht die Hoffnung zu knüpfen, daß ich jemals den Anspruch unserer polnischen Kollegen hier auf Wiederherstellung irgend eines polnischen Reichs innerhalb preußischer Grenzen anerkennen werde; das werde ich nie und unter keiner Bedingung. (Bravo! rechts.) Wir werden ihnen den Schutz gewähren, auf den sie von der Obrigkeit Anspruch haben, aber sobald sie innerhalb der preußischen Grenzen eine polnische Frage anregen, so sage ich auch mit meinem früheren und vielleicht späteren Kollegen, dem Minister Gladstone: **hands off**, Hände weg! Auch nicht um eines Haares Breite Konzessionen! (Bravo! rechts.)

Seit 1866 haben wir vom Auslande her eine Unterstützung der polnischen Bestrebungen bei uns nicht weiter zu erleben gehabt, vielleicht deshalb, weil wir stärker geworden waren, als wir damals waren, vielleicht deshalb, weil Frankreich, daß das Hauptinteresse an der Wiederherstellung Polens hatte, — weil eine polnische Armee immer im französischen Korps an der Weichsel sein würde, — weil Frankreich einstweilen in der Politik andere Gedanken hat, als die polnische Frage; das Ziel seiner Gedanken liegt viel näher: es denkt mehr an Deutschland, es denkt direkt an uns, während es früher indirekt dachte. Es sind keine französischen Bestrebungen, wie sie unter Kaiser Napoleon, wie sie unter Louis Philipp ziemlich harmlos stattfanden, zu Gunsten Polens weiter im Auslande bemerkbar gewesen; auch ist die europäische Politik durch die Ereignisse von 1866 und 1870 hinreichend beschäftigt gewesen, um auf Polen nicht einzugehen. Trotzdem ist aber der Kampf ums Dasein zwischen den beiden Nationen, die auf dieselbe Scholle angewiesen sind, unvermindert, man kann sagen, mit verstärkten Kräften fortgeführt. Die Zeit der Ruhe ist auf polnischer Seite keine Zeit der Versöhnung und des Einlebens gewesen, und das Eigenthümliche ist, daß in diesem Kampf nicht etwa, wie man im Auslande vielfach glaubt, und wie unsere Optimisten meinen, die deutsche Bevölkerung die Siegerin ist und der Germanismus fortschreitet, sondern umgekehrt. Die polnische Bevölkerung macht ganz zweifellose Fortschritte, und man fragt sich, wie das bei der angeblich so großen Unterstützung, die das deutsche Element von Seiten der Regierung hat, möglich ist.

Ja, meine Herren, vielleicht lehrt das noch, daß die Unterstützung, die die Polen von Seiten der Opposition haben, stärker ist, wie dasjenige, was die Regierung nach der heutigen Verfassung leisten kann; aber die Thatsache, daß die Polen von sich sagen können: **vexilla regis prodeunt**, unsere Fahnen rücken vor — die ist ja ganz unzweifelhaft.

Die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium, weil sie den polnischen Bestrebungen Vorschub leistet. Beginn des Kulturkampfes.

Wenn man über die Gründe dafür nachdenkt, so fällt mir vorzugsweise die damalige katholische Abtheilung ein, die ihrerseits schließlich bis zu ihrer Aufhebung nach meiner unmittelbaren Erfahrung, die ich als Ministerpräsident zu machen Gelegenheit hatte, rein den Charakter eines polonisirenden Organs innerhalb der preußischen Verwaltung hatte. (Unruhe im Zentrum und bei den Polen.) Sie war unter der Leitung des Herrn Krätzig, von dem ich hoffe, daß er noch lebt, ein Institut in den Händen einiger großen polnischen Familien geworden, in deren Dienst sich diese Behörde behufs Polonisirung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Distrikten gestellt hat. Deshalb trat mir die Nothwendigkeit nahe, auch meinerseits den Anträgen auf Aufhebung dieser Abtheilung zuzustimmen, und das ist eigentlich der Grund, auf den ich überhaupt in den Kulturkampf gerathen bin. Für meine persönliche Auffassung hätte es wohl gar keinen Kulturkampf gegeben. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) — Ja, meine Herren, was Sie dagegen sagen können — ich lasse Ihnen Ihren Zweifel daran; es wird einige Leute vielleicht geben, die mir glauben, es ist mir aber ziemlich gleichgültig, ob mir überhaupt Jemand glaubt; aber ich habe doch das Bedürfniß, Jedem, der sich darüber informiren will, meine persönliche Meinung zu sagen. Wer mich in den Kulturkampf hineingezogen hat, das ist Herr Krätzig, der Vorsitzende der katholischen Abtheilung, derjenigen Abtheilung, die innerhalb der preußischen Büreaukratie, die Rechte des Königs und der Kirche zu wahren, gebildet war, die aber ausschließlich eine Thätigkeit in der Richtung entwickelte, daß sie die Rechte der römischen Kirche sowohl, wie namentlich aber die polnischen Bestrebungen gegenüber dem König mit seiner Autorität und unter seinem Siegel wahrnahm. Und deshalb mußte sie aufgelöst werden. (Oho! im Zentrum und bei den Polen.)

Eine zweite Erklärung für den Fortschritt der Polen liegt in der Leichtigkeit, die sie für die Agitation durch die Einführung der Reichsverfassung und der Reichsgesetze über Presse und Vereine gewonnen haben. Die polnischen Herren sind nicht schüchtern gewesen in der Ausbeutung aller der Gesetze, die im Deutschen Reiche und in Preußen gegeben waren. Sie erkennen sie ihrerseits nicht an, sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung, und zwar auf 24stündige Kündigung an; wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen 24stündige Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen. (Große Unruhe bei den Polen.) Ja, meine Herren, ist Einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist (große Heiterkeit), daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken, — dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich. (Heiterkeit.) Und daß Sie mir einreden wollen, das wäre ein Irrthum — meine Herren, so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht. (Heiterkeit.)

Also das Zweite ist eben die reichliche Agitationsmöglichkeit, welche die Reichsgesetze geben, und die für die deutschen Abgeordneten im Reiche ein Bedürfniß war, um mit den nöthigen Kampfmitteln gegen die eigene Regierung ausgerüstet zu sein. Gerade in dieser Abneigung, in diesem für alle deutschen Generationen vielleicht traditionellen Bedürfniß des Kampfes und der Kritik gegen die eigene Regierung finden die Polen wiederum eine sehr kräftige Anlehnung. Sie eignen sich Alles an, was von irgend einer Seite der preußischen Regierung vorgeworfen wird, weil deren Schwächung ja das Erste ist, was sie hier innerhalb der preußischen Grenzen überhaupt zur Realisirung und Wiederherstellung der polnischen Republik zu leisten haben.

Begünstigung der polnischen Bestrebungen durch die Oppositionsparteien.

Dann hat ihnen die Reichsverfassung eine starke Anlehnung an verschiedene Parteien gegeben, die ihrerseits ebenfalls bereit sind, die Regierung unter allen Umständen zu bekämpfen; in dieser Negative findet sich ja eine beträchtliche Anzahl, unter Umständen sogar die Majorität im Reichstag zusammen, eine Majorität, die ganz unfähig ist, eine positive Regierung zu bilden, eine Majorität, deren leitende Prinzipien in den letzten Fällen, die vorlagen, von der polnischen und von der sozialdemokratischen Fraktion bestimmt wurden, und allenfalls noch von den, ich kann wohl sagen, fenischen, nihilistischen Fraktionen — womit ich keine kränkende Bezeichnung brauchen will; ich meine nur eine Fraktion, die unter allen Umständen die jetzige Regierung nicht nur, sondern die jetzigen Reichseinrichtungen negirt und die sie nicht will, eine Fraktion, auf welche ich ein Sprüchwort anwenden möchte, das mir aus meiner Zeit als Deichhauptmann in der Erinnerung ist: wat nich will dieken, dat mut wieken, was nicht will deichen, das muß weichen; wer nicht mitarbeiten will am Staat zu seinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er soll weichen aus dem Staat; so barbarisch sind wir nicht mehr, daß wir die Leute austreiben, aber es wäre eigentlich die gerechte Antwort gegen alle Diejenigen, die den Staat und seine Einrichtungen negiren, daß ihnen auch ihrerseits der staatliche Schutz in allen Beziehungen entzogen werde, desjenigen Staates, den sie negiren. Das nannte man im alten Deutschen Reich: Bann und Acht; es ist ein hartes Verfahren, zu dem wir heute zu weichmüthig sind. Aber es ist kein Grund, Denjenigen Rechte am Staat einzuräumen, die ihrerseits alle Pflichten negiren. Diese Anlehnung an andere Parteien bedingt gerade die verhältnißmäßige Gefährlichkeit, die ich der polnischen Opposition zuschreibe. Wenn die 2 Millionen Polen ganz allein ständen, würde ich sie nicht fürchten, zumal unter der Million Oberschlesier doch die Feindseligkeit gegen den preußischen Staat nicht so entwickelt ist, wie die Leiter der Agitation es wünschen; aber in der Anlehnung an andere Staaten, an andere Parteien, die auch den Staat negiren, und die ihn auch bekämpfen, da bilden sie eine erkleckliche Macht, eine Majorität, von der ich für die weitere Entwickelung des Deutschen Reichs wenig Heil in der Zukunft erblicken kann.

Die „Ausländerei" des Deutschen. Polonisiren deutscher Namen.

Ein anderes Motiv, welches den Polen zu gut gekommen ist, habe ich schon vorhin gekennzeichnet, das ist die schwache Entwickelung des nationalen Gefühls Deutschlands und eine gewisse Ausländerei, die uns noch immer eigenthümlich ist. Wenn Sie die früheren Zeiten mit heute vergleichen, so finden Sie, daß die deutsche Sprache in allen Ländern Plätze geräumt hat, die sie früher einnahm; in den nordischen Reichen war deutsch früher die Geschäftssprache, in Dänemark ganz gewiß, in Schweden wenigstens Verkehrssprache der gebildeten Leute. Der deutsche Buchstabendruck ist dort noch zum Theil geblieben, wird aber von denen, die uns nicht lieb haben, bekämpft. Das schlagendste Beispiel liefert Elsaß, dieser kerndeutsche Stamm, der schließlich doch nicht der Versuchung widerstehen kann, dem benachbarten Schwaben zu sagen: wir sind vornehmer wie Ihr, denn wir sind in Paris gewesen, wir gehören zu Paris, Paris ist unser, das sind wir; Ludwig XIV., das sind wir, wir haben mit Melac schon die Pfalz verbrannt und mit Napoleon I. sind wir siegreich in alle Hauptstädte eingezogen. Daß dessen überhaupt ein Deutscher sich rühmen kann, das bildet auch den Stolz des antideutschen Ausländers. Dieser Bedientenstolz auf die glänzende französische Livree, der den benachbarten Bruder Bauer, der sein Stammverwandter und Vetter ist, mit Verachtung ansieht und sagt: wir Franzosen sind vornehmer! Kein Franzose bringt es über seine Lippen, daß er sich deshalb über seine Landsleute überhebt, weil er vielleicht an dem siegreichen deutschen Krieg Theil genommen hat oder in Berlin gewesen ist. Aber denken Sie ein Jeder an seine eigenen Erlebnisse — ein Deutscher, der in Paris gewesen ist, ist der nicht in seinen Umgebungen ein höheres Wesen? (Widerspruch) ich meine gegenüber allen Denjenigen, die nicht in Paris gewesen sind; er hat wenigstens die Unteroffiziertressen. Das ist eine Kleinmüthigkeit, die ich im höchsten Grade bedaure. In Böhmen, Ungarn — Herr v. Rauchhaupt hat das schon vorher erwähnt — überall geben die Deutschen ihren Besitzstand auf, ja in Polen sogar, sie sind stolzer, wenn sie als Polen zurückkommen. Wie viele, mit die schärfsten Widersacher vom nationalen Standpunkt unter den Polen, tragen deutsche Namen — ich will garnicht von den Huttens, Kalckfteins, von den Rautenbergs sprechen, die haben sich seit Langem gewöhnt, die Freiheiten des polnischen Adels höher zu schätzen als ihr ursprünglich deutsches Blut. Aber nehmen Sie die Leute, die kurze Zeit in Polen gewesen sind. Wenn Jemand nach 3 Jahren aus Amerika zurückkommt und spricht von: „Bei uns drüben" oder gebraucht englische Ausdrücke, — dann imponirt er seinen Landsleuten damit und fühlt sich, wie man sagt, forscher als Ausländer. (Heiterkeit.)

Wenn aber Jemand mit einem echt deutschen Namen nach Polen geht und kommt nachher zurück ein Krauthofer als Krautowski, ein Schumann mit einem Sz geschrieben, ein Wollschläger mit einer polnischen Orthographie, ja, meine Herren, dann muß ich sagen: es liegt darin eine Gefahr; wenn man sich unter den übrigen Nationen umsieht, wird man keine finden, die sich avancirt vorkommt, wenn sie ihre Namen mit ausländischer Orthographie schreibt, die sich vornehmer, gewissermaßen edelmännischer dünkt, wenn sie den Nimbus des Ausländischen an sich hat — ja, ich wette, das ist eine schwache Seite, die unseren Gegnern manche Blöße giebt. Zunächst in Oberschlesien — wie hat sich da das polnische Element ausgebreitet! In meiner Jugend kannte man gar keine polnischen Bestrebungen in Oberschlesien. Das Erste, was ich in dieser Richtung erlebt habe, ging von geistlicher Seite aus. Es war damals im Abgeordnetenhause, und ich saß dort (nach rechts zeigend), und hier (nach links zeigend) saß ein Geistlicher Namens Schaffranek, oder er stand vielmehr in der Regel an dieser Stelle; er hatte nämlich seinem Vorgesetzten versprochen, nicht mehr auf der Linken zu sitzen; aber auf der Linken zu stimmen und zu stehen, das hatte er nicht versprochen. (Heiterkeit. Oho!) Und wenn die Sitzung sechs Stunden dauerte, so stand er wie eine Statue mit einer Kraft in den Stehwerkzeugen, die ich oft bewundert habe. (Heiterkeit.) Das war hier der erste polnische Ton für Oberschlesien. Wenn Jemand hier sein sollte, der schon damals mit mir im Landtage gewesen ist, so erinnere ich daran, daß er polnisch lang und breit sprach, und namentlich von dieser Stelle ein polnisches Sprüchwort zitirte, das ungefähr so lautete: Wie dies und jenes unmöglich ist — es war ein aus dem Thierreich entnommenes Bild — so ist es unmöglich, daß der Deutsche und Pole Freunde werden. Das war der erste Ton, den ich hier gehört habe. Es war damals bei den Ultramontanen noch nicht Gebrauch, gegen die Regierung zu stimmen — z. B. die Führer der katholischen Fraktion, die Gebrüder Reichensperger, haben stets mit der Regierung, sogar in der Minorität von 20 Stimmen votirt; aber Schaffranek zeigte schon den Finger der Zukunft.

Unterdrückung der Deutschen in Posen durch polnische Geistliche. Verweigerung des Konfirmandenunterrichts.

Wie das augenblicklich sich gestaltet, das zeigt mir unter hundert anderen Dokumenten, die ich produziren könnte, eins, das ich deshalb vorlege, weil es mir gerade heute früh, vom 27. Januar datirt, zugekommen ist, das eine Meldung über einen Geistlichen Johann Marchwicki enthält. Derselbe hat vor einiger Zeit die Annahme des Anton Stankowski und des Johann Strozynski zum Konfirmandenunterricht abgelehnt, so lange dieselben bei Deutschen im Dienstverhältniß verblieben. Es wird also dort — ich schließe das nicht aus diesem einen Indizium, sondern wir haben Hunderte und Tausende der Art — die strengste Scheidung zwischen den Nationalitäten gemacht, eine Art von Verfehmung Derjenigen, die sich überhaupt mit Deutschen einlassen. Ich will gar nicht von dem Grafen Czarnecki, glaube ich, hieß er, sprechen, der auf seine Windfahne einschreiben ließ: Tod den Deutschen! Das sind Aufforderungen, die auch charakteristisch sind; aber es wird die Scheidung auch so betrieben und so erzwungen, daß für jede Benutzung eines deutschen Wortes in Gesellschaften eine Geldstrafe eintritt.

Also der genannte Geistliche verweigert den Kindern den Konfirmandenunterricht, so lange sie bei Deutschen im Dienstverhältniß blieben. Die betreffende Eröffnung machte derselbe in Gegenwart aller seiner Konfirmanden.

Ferner hat der Marchwicki in einer vor acht Wochen gehaltenen Predigt geäußert, es sei eine Sünde, wenn katholische Dienstboten bei deutschen Herrschaften Dienste annehmen und bei denselben verblieben.

11 Musiker

Da soll man uns doch nicht beschuldigen, daß wir den Kulturkampf in diese Sache hineinmischen. (Unruhe im Zentrum.) Meine Herren, in diesem unartikulirten Ausdruck der Entrüstung widerlegen Sie mich doch nicht. Also wir haben ihn nicht hineingemischt. Man hat uns im Reichstage vorgeworfen, wir hätten die Juden ausgewiesen. Nun, meine Herren, wir würden konfessionell verdächtig geworden sein, wenn wir gesagt hätten: Alle Polen werden ausgewiesen mit Ausnahme derer, die jüdisch sind, oder wenn wir gar die Evangelischen hätten ausnehmen wollen; wir haben eben nur die Nationalität im Auge, die wir bekämpfen. Die Konfession, — mein Gott, wir weisen doch keinen um seines christlichen Bekenntnisses willen aus anderen Provinzen aus, warum gerade aus Posen? Also, der genannte Geistliche hat in der Predigt geäußert, es sei Sünde, wenn katholische Dienstboten bei evangelischen Herrschaften Dienste annehmen. Da sehen Sie, von welcher Seite her der Kulturkampf hineingezogen wird! Es wird eben den Polen gesagt: „Ihr sollt Eure Religion verlieren!“ Es wird der Irrthum der polnischen Sprache, die statt „evangelisches“ Bekenntniß sehr häufig „deutsches“ Bekenntniß sagt, sorgfältig benutzt, um zu sagen: „Ihr sollt Eurer Religion entsagen.“ Auf diese Weise wird gehetzt.

Meine Herren, wenn Sie das bestreiten — ja ich kann Ihnen eine ganze Pandorabüchse, einen ganzen Sack ähnlicher Dokumente geben, die viel verdrießlicher für Sie sein werden, wie dieses, nach welchem die Betheiligung der Geistlichen noch sehr viel weiter geht.

Um dies zu vermeiden, habe ich es nur berührt, aber wenn Sie glauben, dergleichen offenkundige Sachen vor dem Publikum durch Ihre Hohnrufe in Paranthese diskreditiren zu können, dann irren Sie sich, ich will Sie mit Beweisen überschütten, daß Sie an der Hälfte genug haben. (Sehr gut! rechts. Rufe im Zentrum: Nur zu!)

Als Beweis, welche allgemeine Entrüstung es in der Gemeinde hervorgerufen hat, hat das Dienstpersonal mehrerer jüdischen und deutschen Brotherrschaften diese bereits verlassen, sie haben also gehorcht.

Nothwendigkeit der polnischen Ausweisungen. Weitere Maßregeln. Expropriirung des polnischen Adels. Nur deutsche Beamte in Posen.

Meine Herren, Sie werden mir das Zeugniß geben müssen, daß ich in meiner langen Auseinandersetzung den Kulturkampf und die Stellung, die das Zentrum genommen hat — Ehre dem Ehre gebühret — immer mit Ausnahme des Abg. Windthorst, so wenig wie möglich berührt habe, und ich würde auch den Fall Marchwicki nicht erwähnt haben, wenn er mir nicht gerade jetzt und heute mitgetheilt wäre. Unser Eindruck ist nach alledem, in Erwägung all der Erlebnisse, die ich mich bemüht habe, zu rekapituliren, derjenige gewesen, daß das Bestreben, die polnische Bevölkerung, wenigstens deren Führer, den polnischen Adel, für die preußischen Staatsideen wohlwollend zu gewinnen, ein Mißgriff gewesen ist, ein Irrthum, dem wir auf die Initiative des hochseligen Königs 45 Jahre gefolgt sind, von dem uns loszusagen aber wir für unsere Pflicht gegen unser Land und Deutschland halten (Bravo! rechts), und deshalb bleibt uns nur das Bestreben übrig, uns zu bemühen, daß wir die Verhältnißzahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung möglichst bessern zum Vortheil der Deutschen, um, wie der General Grolmann 1832 sagte, sichere Leute, die am preußischen Staate festhalten, in jener Provinz zu gewinnen. Diese Verhältnißzahl zu bessern ist einerseits durch Vermehrung der deutschen Bevölkerung möglich, andererseits durch Verminderung der polnischen. Für den letzteren Zweck stehen uns gesetzliche Mittel weiter nicht zu Gebote, als die Ausweisung derjenigen Polen, welche dem Lande nicht angehört haben und welche kein Recht haben, im Lande geduldet zu werden. Wir waren der Ueberzeugung, daß wir an unsern eigenen Polen genug haben, und daß wir die Ziffer der polnischen Agitatoren um die Kopfzahl der Fremden, die bei uns im Lande sind, vermindern müssen. Es konnte uns außerdem nicht entgehen, daß unter diesen fremden Elementen zwar sehr viele nützliche und unbefangene Arbeiter sind, aber doch auch sehr viele solche, die das Geschäft der Agitation für polnische Zwecke auf dem preußischen Gebiet unter dem Schutz des preußischen Gesetzes, unter der breiten Duldung der preußischen Behörden geschickter betreiben können, als von ihrer russischen Heimath aus. In Oesterreich können sie es auch, aber deshalb kommt zu uns gerade aus Russisch-Polen eine erhebliche Anzahl von recht thätigen Agitatoren und Elementen, die im Vereinswesen und in der Presse die Gastfreiheit, die ihnen der preußische Staat gewährt, benutzen, um ihre Landsleute diesseits und jenseits der Grenze gegen denselben zu verhetzen.

Die russische Regierung leidet ebenfalls unter dieser Agitation, die von preußischen Ortschaften ausgeht und ihr eigentliches und nächstes Ziel auf russischem Boden hat. Von den Mitteln, die wir anwenden wollen, um die Stellung der Deutschen in Posen zu kräftigen, war das nächstliegende dasjenige, das wir ohne weiteren gesetzlichen Beistand direkt durch Verfügung der Regierung anwenden können, die Ausweisung. Die statistischen Data ergaben, daß in Folge der außerordentlichen Nachsicht der preußischen Behörden die Schullasten unserer eingeborenen Gemeinden sich erhöht haben, weil die Kinder der lästigen Einwanderer beschult wurden. Aber dies brauche ich nicht als Vorwand, sondern ich bezeichne die Ausweisung als eine politische Maßregel; wir wollen die fremden Polen los sein, weil wir an unseren eigenen genug haben. (Bravo! rechts.) Deshalb werden wir auch an dieser Maßregel mit unablässiger Energie festhalten und sind über dieselbe mit unseren Nachbarn drüben völlig einig. Es könnten noch 20 Reichstagsbeschlüsse, in der Art in die preußische Gerechtsame übergreifend, gefaßt werden, das wird uns nicht ein Haar breit irre machen in unseren Entschließungen. (Lebhaftes Bravo rechts.) Die Gefahren, die wir in Posen hauptsächlich zu befürchten haben, sind nicht so zahlreich, wie die Ziffer von 2 Millionen anzeigt; ich habe schon vorhin gesagt, daß fast die Hälfte dieser 2 Millionen in Schlesien wohnt, wo wir doch heute noch ohne einen einschneidenden Beistand der Sache gewachsen sind; aber in der Provinz Posen und in den polnischen Theilen von Westpreußen beruht das Widerstreben gegen die Assimilirung, gegen das Zusammenwirken mit Deutschen, die Vertiefung der Kluft, die beide Nationen trennt, doch fast ausschließlich auf dem Adel. Denn — wie auch schon das Grolmansche Elaborat sagt — der Adel mit seinem Gefolge, mit seiner zahlreichen Dienerschaft, mit seinen Dworniks und seinen Beamten liefert hauptsächlich die Elemente zur Unterhaltung der Agitation.

Nun besitzt der polnische Adel im Großherzogthum Posen gegenwärtig noch etwa 650 000 Hektare. Die Hektare der königlichen Domainen bringt im Regierungsbezirk Posen 20 ℳ Pacht ein. Das ist durchschnittlich reiner Acker und Wiese; wenn man Haide und Wälder und Unland mithinzurechnet, so vermuthe ich, daß diese 650 000 Hektare im Ganzen doch nur einen Ertragswerth von 15 ℳ für die Hektare haben werden, also von 5 Thalern, also 5 Thaler Rente. 5 mal 600 000 wären 3 Millionen, das wären 3 pCt. von 100 Mill. Thalern. Nun fragt sich, ob Preußen in seinem und des Deutschen Reiches Interessen nicht unter Umständen in der Lage sein könnte, 10 Mill. Thaler auszugeben, um die Güter des polnischen Adels dafür zu gewinnen, — kurz und gut, um den Adel zu expropriiren. (Oho!) Das klingt ungeheuerlich, aber wenn wir für eine Eisenbahn expropriiren und die Häuslichkeit stören, Häuser und Kirchhöfe durchbrechen, lediglich zur Bequemlichkeit der Eisenbahngesellschaft, wenn wir expropriiren, um eine Festung zu bauen, um eine Straße in der Stadt durchzuschlagen, wenn wir ganze Stadtviertel expropriiren, wie in Hamburg, um einen Hafen zu bauen, Häuser, die seit Jahrhunderten stehen, abbrechen: warum soll dann nicht unter Umständen ein Staat, um seine Sicherheit für die Zukunft zu erkaufen und die Unruhe loszuwerden — ist die Sicherheit nicht ein höherer Zweck, als der Verkehr, ist die Sicherheit für die Gesammtheit nicht ein höherer Zweck, wie die Befestigung eines einzelnen festen Platzes? — warum soll denn nicht ein Staat unter Umständen zu diesem Mittel schreiten? Es wird ja keine Ungerechtigkeit verlangt, es soll nach dem vollen Werth bezahlt werden, und die Herren würden vielleicht zum Theil sehr vergnügt sein, mit dem Gelde, was sie dafür bekommen, sich in Galizien anzukaufen, oder jenseits der russischen Grenze, da sind sie viel mehr unter sich, und es würden auch viele von ihnen vorziehen, mit diesem Vermögen sich nach dem Westen zu begeben, nach Paris oder nach Monako. (Heiterkeit.)

Meine Herren, also so ganz ungeheuerlich, wie es auf den ersten Anblick erscheint, ist das nicht; auch die Kosten sind nicht so groß; ich bin überzeugt, der Domainenfiskus würde nicht so viel dabei verlieren, und wenn er dabei 10 pCt. verliert, so, glaube ich, könnte man in dem Bewußtsein, daß wir endlich an unserer Ostgrenze Ruhe haben, und daß wir sicher sind, dort Leute zu haben, die nicht nur auf Kündigung, die nicht nur so lange Preußen sind, bis sich eine günstige Gelegenheit zum Abfall bietet, den Rentenverlust wohl ertragen. Aber die Regierung beabsichtigt gar nicht, im jetzigen Augenblick soweit zu gehen; ich nenne diese Möglichkeit nur, damit man sich im Publikum überlegt und darüber nachdenkt, ob es nicht nützlich ist, und damit auch die Herren in Polen, die so ungern unter der preußischen Regierung leben, ihrerseits darüber nachdenken, ob sie nicht selbst einmal den Antrag stellen sollen: Findet uns ab! (Heiterkeit.) Unser Verlangen geht soweit noch nicht, wir werden ihnen Maßregeln vorschlagen und zu dem Behufe Geldbewilligungen verlangen, über deren Höhe mit dem Herrn Finanzminister verhandelt wird, um zu dem früher charakterisirten Flottwellschen System zurückzukehren und diejenigen Güter, die freiwillig zum Verkauf kommen, und auch diejenigen Domainen, welche sich dazu etwa eignen, zu benutzen, um auf ihnen Deutsche unter solchen Bedingungen anzusiedeln, die uns die Gewißheit oder doch die Wahrscheinlichkeit gewähren, daß sie Deutsche bleiben, also Deutsche mit deutschen Frauen, nicht mit polnischen Frauen. Wir wollen die Sache soweit in den Händen und unter Aufsicht haben, als es erforderlich ist, um die Erreichung des Zweckes zu sichern. Zu diesem Behufe würden wir das Bedürfniß haben, ähnlich, wie das bereits unter Friedrich dem Großen bei seinen Kolonisationen geschehen ist, einmal eine Immediatkommission zu bilden, die unter dem Staatsministerium steht, die aber von beiden Häusern des Landtags gewählte Vertreter in ihrer Mitte zählen würde, damit beide Häuser sowohl eine Einwirkung als eine Kontrole dessen haben, was da geschieht. Diese Kommission würde ihrerseits die Verwendung der erworbenen Güter in einer Richtung zu leiten haben, bei der der Zweck, Deutsche dort anzusiedeln, sei es als Pächter, als Zeitpächter, gesichert wäre; wir brauchen dazu nicht einmal die Wiederherstellung der Erbpacht — eine Zeitpacht, die so berechnet ist, daß nach 25 oder 50 Jahren das Gut in das Eigenthum des Pächters übergeht, würde völlig den Bedarf decken, denn jenseits 50 Jahre noch zu rechnen, das überschreitet menschliche Möglichkeit. Wir werden also von Ihnen in der Hauptsache einen Kredit verlangen müssen, um Güter zu kaufen, — leider bei der jetzigen gedrückten Lage der Landwirthschaft auch Güter, die in deutschen Händen sind und sich nicht mehr halten können; aber wir müssen zur Verwirklichung unseres Zweckes nehmen, was wir vorfinden. Außerdem haben wir verschiedene andere Maßregeln, die theils mit, theils ohne Novation in der Gesetzgebung ausgeführt werden können, im Sinne, und die hauptsächlich darauf hinausgehen, daß wir den Polen als Beamten und als Soldaten möglichst viel Gelegenheit geben, sich in deutschen Provinzen umzusehen (Bravo!), und zu lernen, welches die Segnungen deutscher Zivilisation sind, und daß wir den deutschen Truppentheilen und den deutschen Beamten Gelegenheit geben, einmal außerhalb Posens und immer unter der Bedingung, daß sie keine Polinnen heirathen (Heiterkeit), so viel polnisch zu lernen, daß sie innerhalb der Provinzen Posen und Westpreußen sich mit Nutzen bewegen können.

Sie werden von mir nicht verlangen — ich habe Ihre Geduld schon zu lange ermüdet —, daß ich das weiter auseinandersetze — aber das sind die Hauptzüge der Vorlage, die wir Ihnen zu machen beabsichtigen, durch Kauf, Schule, Militairdienst eine Wandlung in dem jetzigen peinlichen Zustand, in dem beide Nationen sich gespannt fortwährend gegenüberstehen, auf eine gesetzliche und friedliche Weise herbeizuführen.

Es ist das eine der Verbesserungen unserer Lage, die wir ja ohne Bewilligungen seitens des Reichstags machen können, und in Bezug auf welche die Quellen der Finanzen noch nicht unter dem Verschluß der jetzigen Reichstagsmajorität liegen. Wir können uns da noch in Preußen selbst helfen, im Wege einer Anleihe. So lange die Obstruktion unserer Finanzquellen im Reichstage fortdauert, haben wir ja überhaupt darüber nachzudenken, wie weiter der preußische Staat im Stande sein wird, sich selbst ohne Reichstagsmajorität zu helfen.

Blick in die Zukunft. Gefährdung des Reiches durch die Obstruktionspolitik des Reichstages.

Die Situation habe ich Ihnen mit einem langen Rückblick auf die Vergangenheit dargelegt. Wenn ich nun noch einen Blick vorwärts in die Zukunft werfen soll, so muß ich sagen, daß der nicht ganz frei von Besorgniß ist, nicht vor auswärtigen Gefahren — ich halte keine Störung des auswärtigen Friedens für wahrscheinlich —, aber in Bezug auf die Entwickelung unserer inneren Verhältnisse. Nach der Art, wie sie eine Reichstagsmajorität nicht vorwärts kommen läßt, können wir weder auf den Beistand der Sozialdemokraten rechnen, noch auf den der Polen, noch der Elsässer, noch auf den einzelner anderer Kategorieen. Ob auf den des Zentrums, das weiß ich ja nicht. Da wird doch immer besorgt: das Reich möchte stärker werden als die Partei ist, und wir müssen danach streben, stärker zu werden, das ist unsere Aufgabe, unsere Pflicht, dahin zu wirken. Also ich muß sagen, daß ich nach der Richtung hin etwas trübe in die Zukunft sehe.

Es ist ja möglich, daß die Vorsehung nach der Art, wie wir die außerordentliche Gunst, die uns in den letzten 20 Jahren zu Theil geworden ist, aufgenommen und verwerthet haben, ihrerseits findet, daß es nützlich sei, den deutschen Patriotismus noch in einem Feuer europäischer Koalitionen, größerer benachbarter antideutscher Nationen, noch einem härtenden und läuternden Feuer auszusetzen, mit anderen Worten, daß wir von der Vorsehung nochmals in die Lage gebracht werden, ebenso wie Friedrich der Große nach dem ersten und dem zweiten schlesischen Kriege, uns noch gegen Staatenkoalitionen zu vertheidigen, die in unserer inneren Zwietracht ja auch immer noch eine gewisse Aufmunterung finden (sehr wahr! rechts), — die Leute kennen unsere inneren Zustände ja nicht, sie wissen nicht, daß das Volk nicht so denkt, wie die Majoritäten in den Parlamenten votiren. Man hat das zwar 1866 schon erlebt, wo wir, belastet mit dem Zorne der Mehrheit, in diesen sogenannten Bruderkrieg, der ganz unentbehrlich war zur Schlichtung der deutschen Frage, hineingingen. Aber so denkt das Ausland nicht, das Ausland rechnet damit, die Sache geht auseinander, sie hält sich nicht, sie ist schwach. Es wird auch auf uns die Redewendung von den thönernen Füßen angewendet, und unter den thönernen Füßen wird man die Reichstagsmajorität verstehen. Man wird sich aber irren, denn dahinter stehen noch eiserne. (Bravo! rechts.)

Es kann ja auch sein, daß unsere inneren Verwicklungen den verbündeten Regierungen die Nothwendigkeit auferlegen, ihrerseits — und Preußen an ihrer Spitze — danach zu sehen, ne quid detrimenti res publica capiat, die Kraft einer jeden einzelnen unter ihnen und den Bund, in dem sie mit einander stehen, nach Möglichkeit zu stärken und sich, soweit sie es gesetz- und verfassungsmäßig können, von der Obstruktionspolitik der Reichstagsmajorität unabhängig zu stellen. (Hört, hört! rechts.)

Ich gehöre nicht zu den Advokaten, noch nicht zu den Advokaten einer solchen Politik, und sie läuft meinen Bestrebungen aus den letzten Jahrzehnten im Grunde zuwider. Aber ehe ich die Sache des Vaterlandes ins Stocken und in Gefahren kommen lasse, da würde ich doch Sr. Majestät dem Kaiser

und den verbündeten Fürsten die entsprechenden Rathschläge geben und auch für sie einstehen. Ich halte den Minister für einen elenden Feigling, der nicht unter Umständen seinen Kopf und seine Ehre daran setzt, sein Vaterland auch gegen den Willen von Majoritäten zu retten. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich wenigstens werde bereit sein, zu leiden, was mich trifft, wenn ich es versuchen sollte. Aber auf diese Weise uns gewissermaßen, ähnlich wie das in unseren westlichen Nachbarstaaten ja leider zum Theil der Fall ist, das Erbe einer großen Zeit und die Errungenschaften unserer tapferen Kriegsheere durch innere Friktionen vernichten und aufreiben zu lassen, dazu will ich unter keinen Umständen die Hand bieten, und ich werde, wenn Gott mir Leben und Gesundheit schenkt und mir die Gnade des Kaisers erhält, Mittel und Wege finden, dem entgegenzuwirken. Einstweilen bin ich dankbar für das Entgegenkommen, das ich durch den Antrag, über den wir verhandeln in dieser Versammlung, gefunden habe, und Sie können darauf rechnen, daß wir in gegenseitigem Vertrauen mit Ihnen Hand in Hand gehen werden.

Am 29. Januar.

Herr Windthorst gesteht selbst zu, daß er sich stets im Angriff gegen die Regierung befindet.

Reichskanzler, Ministerpräsident Fürst v. Bismarck: Ich bin gestern in der Unmöglichkeit gewesen, dem Herrn Abg. Windthorst, der nach mir sprach, zu antworten, weil der geehrte Herr in der Richtung von mir abgewandt sprach; in Folge dessen geht, wie ich schon früher öfter bemerkt habe, auf dem Ministersitz hier mehr als die Hälfte dessen, was dorthin gesprochen wird, verloren. Es war mir unmöglich, ihm zu folgen, und ich bitte ihn, darin den einzigen Grund zu sehen, warum ich ihn nicht bis zu Ende angehört habe. Ich habe mich auf das unvollkommene Stenogramm beschränken müssen, das ich seitdem über seine Rede habe erhalten können. Dasselbe giebt mir in einigen Punkten Anlaß zu einer Erwiderung, auf die ich indessen verzichtet haben würde, wenn nicht auch solche Punkte darin wären, die mich in meiner Stellung als Minister zu einer Berichtigung nothwendig zwingen.

Zu den ersteren rechne ich die Thatsache, daß der Herr Abgeordnete, als er zu sprechen begann, ein gewisses Gefühl der Ueberraschung und der Neuheit kundgab, indem er sagte, daß er sich heute hier in der Defensive befinde. Ich bitte daraus zu entnehmen, wie sehr er an die Aggressive gewöhnt ist (Heiterkeit), daß das sein eigentlich natürliches, gewöhnliches Fahrwasser ist. (Oh! Oh! im Zentrum.)

Mit der Erwägung wird er auch zugleich eine Antwort auf die Frage finden, die im Laufe seiner Erörterungen vorkommt, womit er eigentlich meinen Zorn auf sich gezogen habe. Er hat den garnicht auf sich gezogen; aber man wird doch von Jedermann verlangen, daß er, wenn er angegriffen wird, sich einigermaßen wehre; und wenn ich die Angriffe, mit denen er mich seit einigen Jahren beehrt, mit Stillschweigen strafen wollte, so würde das eine Unterschätzung seiner Person und ihrer Bedeutung sein. (Heiterkeit rechts.)

Also der Herr Abgeordnete ist gewohnheitsmäßig in der Aggressive begriffen, natürlich gegen mich. Was ihn augenblicklich davon abhält, auch hier den Vorstoß seinerseits mit dem Angriff zu pariren, hat er einigermaßen angedeutet durch die Erwähnung des Herrn v. Schlözer, unseres Gesandten bei der päpstlichen Kurie, dessen Verhandlungen er nicht stören wolle. Vielleicht ist also die Enthaltsamkeit von dem ganz unprovozirten Angriff noch obenein eine nicht ganz freiwillige. (Ach! im Zentrum.)

Herr Windthorst ist Welfe, Kulturkämpfer und Fortschrittler.

Der Herr Abgeordnete hat dann — und das habe ich das Bedürfniß richtig zu stellen — von stillen Versuchern, die ihm häufig nahe getreten wären, gesprochen. Wenn ihm die nahe getreten sind, so bitte ich ihn, überzeugt zu sein, daß ich in keinem Kausalnexus mit dieser Operation irgendwie gestanden habe. (Heiterkeit rechts.) Ich habe viel zu viel zu thun, um mich auf solche unfruchtbare Bemühungen, wie die Bekehrung des Herrn Abgeordneten zu meinen Ansichten, jemals einzulassen. Ich halte ihn für absolut intransigent, gepanzert durch das dreifache Erz des Welfen (Ruf: Polen! Große Heiterkeit) — auf die Weise wären es viere, so lange waren es drei — ich wollte sagen des Welfen, des Führers im Kulturkampf und seiner fortschrittlichen Sympathieen. Der Herr Abgeordnete würde meines Erachtens, wenn er nicht im Zentrum säße, keineswegs der konservativen Partei, sondern der fortschrittlichen angehören. Ich erinnere mich, daß er schon, als er hannoverscher Minister war, von seinen Kollegen als das liberale Mitglied des Ministeriums bezeichnet wurde. (Ah! im Zentrum.) Ich beabsichtige nicht, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Ich sage nur, dies Alles hält mich ab, einen so aussichtslosen Versuch, wie er ihn hier mit den „stillen Versuchern" andeutet, ihm gegenüber zu machen. Daran bin ich vollständig unschuldig, ich habe ihn aufgegeben. (Heiterkeit rechts.)

Herr Windthorst begünstigt die Zersetzung des Reichs.

Der Herr Abgeordnete hat ferner im Verlaufe seiner Rede gesagt: „Wollten die Polen die Erfüllung ihrer Herzenswünsche durch Gesetzlosigkeiten erreichen, so würde ich das zu allererst verurtheilen und bekämpfen." Also ganz so, wie die Welfen, die ja auch von sich sagen, sie wollten die Selbstständigkeit des Königreichs Hannover nur auf gesetzlichem Wege erstreben. Nun, der Herr Abgeordnete bekennt sich dadurch theils direkt, theils indirekt doch immer als einen unbetheiligten, wenn nicht wohlwollenden Zuschauer bei dem Bestreben einer starken Fraktion, die legale Zersetzung unserer Verfassungszustände herbeizuführen (Ah!); die legale Zersetzung entweder auf der einen Seite oder auf der anderen, die wird geduldet. Man sagt: wir werden mit legalen Mitteln unsere Zwecke durchsetzen; die Losreißung von Provinzen im Osten und im Zentrum des Reichs; aber gewiß werden wir keine Gewalt brauchen; wir werden uns legal bemühen. Meine Herren, die Möglichkeit, da zu scheiden, sich der Verurtheilung eines Strebens nach legaler Zersetzung des Reichs und des eigenen Vaterlandes vollständig zu enthalten und dennoch zu behaupten, daß man die Tendenzen nicht begünstige, — die Möglichkeit leuchtet mir nicht ein. Jedenfalls bin ich in der Nothwendigkeit, diese legale Zersetzung ebenso wie die Gewaltthätigkeit nachdrücklich zu bekämpfen.

Die Polen sind unsichere preußische Unterthanen.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner:

> Die Polen sind vollberechtigte preußische Unterthanen.

Das bestreite ich ja gar nicht; daß sind die Sozialdemokraten auch; die Polen sind aber unsichere preußische Unterthanen (sehr richtig! und Heiterkeit rechts), und inwieweit Einer, der sich selbst dazu bekennt, ein unsicherer Unterthan, wie ich es gestern nannte, auf tägliche Kündigung preußischer Unterthan zu sein, vollberechtigt ist und den Anspruch darauf hat, das ist ja eine Erwägung der Regierung. Sie sehen, wir leben nicht in einem Staat von richterlicher Regierung, sondern in einem Staat, der monarchisch und vernünftig regiert wird, so regiert wird, wie es nöthig ist, ihm die Ruhe und den Frieden seiner Bürger zu erhalten, ihn gegen innere und äußere Gefahren zu schützen. Und da können wir nicht immer die volle Gleichberechtigung eines jeden Anderen zum Ausdruck bringen.

Der Herr Abgeordnete sagt weiter:

> Wenn sie in ihren Rechten beeinträchtigt werden, so vertheidigen wir dieselben so energisch wie unsere eigenen.

Was nennt der Redner seine eigenen Rechte? Doch wohl die der Deutschen. Nun, ich behaupte, er vertheidigt die Rechte der Polen energischer wie die der Deutschen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich habe nicht gefunden, daß er die deutsche Nationalität mit derselben Energie und derselben Begeisterung hier vertreten wie die polnische und ihre dem Lande schädlichen Ansprüche mit derselben . . . (Ruf: Zur Sache!) — Ich glaube, da rief mich einer der Herren zur Sache. Ich weiß nicht, wer es war. Ich will dem Herrn bemerken, daß er gar kein Recht hat, mich zur Sache zu rufen, ich spreche hier, was ich will, ich spreche kraft meines verfassungsmäßigen Rechts hier zu reden, und ob ich bei der Sache bin oder nicht, das kann der Herr, der das ausrief, von seinem Standpunkte aus gar nicht beurtheilen. (Bravo! rechts.) Es wäre mir lieb, wenn der Herr sich nennte; hier über 10 Köpfe weg mich auf dieser Stelle in dieser Weise anzurufen, das kann ich mit den gewöhnlichen Gebräuchen der Höflichkeit nicht in Uebereinstimmung bringen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich vermisse an dem Herrn das Maß von landesüblicher Schüchternheit, das wir bei den Leuten, mit denen wir zu verkehren haben, doch nur ungern vermissen.

Der Abgeordnete, der mich genöthigt hat, hier heute zu erscheinen und das Wort zu ergreifen, hat gesagt:

> Heute haben wir freilich gehört, daß die Proklamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling werth sei.

Die Proklamationen Friedrich Wilhelms III. geben den Polen keine vertragsmäßigen Rechte.

Meine Herren, das habe ich nicht gesagt, ich habe gesagt, daß die Berufung jener Herren auf die Proklamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling werth sei. (Sehr richtig!) Nun, ist dies Wort nicht sehr wesentlich? Hat der Herr Abgeordnete mit seinem scharfen Judizium diesen wesentlichen Unterschied nicht aufgefaßt oder liegt hier etwas vor, was an die bekannte Redensart aus dem Wallensteinschen Gastmahl Schillers erinnert: „Vor Tische las man es anders." (Heiterkeit.) Durch diese kleine Wendung sieht es ganz so aus und kann namentlich im Lande — bezüglich Sr. Majestät des Königs habe ich keine Besorgniß, der kennt mich zu lange — aber es könnte ja im Lande den Eindruck machen, als hätte ich mich unehrerbietig über die Monarchie und die Vorfahren des Monarchen ausgedrückt. Hat der Abgeordnete die Absicht gehabt, dies zu erreichen, ja, so wird er bei den Leuten, an denen mir etwas liegt, wahrhaftig wenig Glauben finden. Ich bin aber nichtsdestoweniger der Pflicht nicht überhoben, dies richtig zu stellen. Ich habe gesagt: die Berufung darauf ist keinen Pfifferling werth. Und um Ihnen dies noch näher zu dokumentiren, habe ich die Proklamation von damals mitgebracht. Die meisten Leute sprechen davon, ohne sie zu kennen. Ich habe gestern gesagt, dieses Aktenstück enthält weiter nichts als ein Programm, nach welchem Se. Majestät, der damalige König, zu regieren beabsichtigte; er that seinen wiedererworbenen Unterthanen kund, daß er diese Absichten habe. Ich habe aber hinzugefügt, daß damit keineswegs eine Verpflichtung ausgesprochen war, an diesen Absichten unentwegt und unter allen Umständen, wie auch die Polen sich benehmen möchten, festzuhalten. Es ergiebt sich dies schon daraus, daß diese Proklamation kein zweiseitiges Aktenstück irgend welcher Art ist. Sie enthält keinen Vertrag, sie ist durchaus keine magna charta für Verschwörungen jeder Art, und wenn der Abg. Windthorst das Wort Verträge gebrauchte, indem er von der Proklamation sprach, so kann ich zu seiner Entschuldigung nur annehmen, daß er selbst das Aktenstück nicht gelesen hat. Von einem Vertrage zwischen dem König Friedrich Wilhelm III. und den Polen — es waren damals, wie wir aus dem Grolmannschen Votum ersehen, ca. 450 000 in der Provinz Posen vorhanden — ist gar nicht die Rede; es wäre auch gar nicht möglich gewesen. Der König hat damals für jede neu- oder wiedererworbene Stadt oder Provinz ein ähnliches Besitzergreifungspatent erlassen, — er würde dann durch 15 bis 20 verschiedene Verträge nach verschiedenen Richtungen hin gebunden gewesen sein und hätte dem einen und dem anderen gerecht werden müssen. Gleich hinter dieser Proklamation an die Einwohner des Großherzogthums Posen erfolgt die Proklamation an die Einwohner der Stadt und des Gebiets von Danzig, des Kulmschen und des Michelauschen Kreises und an die Einwohner der Stadt und des Gebiets von Thorn, ebenfalls vom 15. Mai. Hat denn die Stadt Danzig darum ein Sonderrecht gegenüber anderen im preußischen Lande, worauf sie sich berufen könnte, wenn die Gesetzgebung geändert werden sollte? Auf diesen Unsinn wird wohl kein Mensch kommen.

Um den ewigen Berufungen auf die Rechte, die aus dem Patent in der Proklamation hergeleitet werden sollen, ein Ende zu machen, erlaube ich mir beide hier zu verlesen. Das Patent wegen der Besitznahme des an Preußen zurückfallenden Theiles des Herzogthums Warschau vom 15. Mai 1815 lautet:

> Vermöge der mit den am Kongresse zu Wien theilnehmenden Mächten geschlossenen Uebereinkunft sind mehrere Unserer früheren polnischen Besitzungen zu Unseren Staaten zurückgekehrt. Diese Besitzungen bestehen in dem zum Herzogthum Warschau gekommenen Theile der preußischen Erwerbungen vom Jahre 1772, der Stadt Thorn mit einem für dieselbe neu bestimmten Gebiete, in dem jetzigen Departement Posen, mit Ausnahme eines Theiles des Powitzschen und des Peyserschen Kreises; und in dem bis an den Fluß Proszna belegenen Theile des Kalischer Departements, mit Ausschluß der Stadt und des Kreises dieses Namens.
>
> Von diesen Landschaften kehrt der Kulm- und Michelausche Kreis in den Grenzen von 1772, ferner die Stadt Thorn nebst ihrem neu bestimmten Gebiete zu Unserer Provinz Westpreußen zurück, zu welcher auch, wegen des Strombaues, das linke Weichselufer, jedoch blos mit den unmittelbar an den Strom grenzenden oder in dessen Niederungen befindlichen Ortschaften gelegt wird.

Sie sehen schon aus der Natur dieser Details, daß von der Kundgebung irgend einer Verpflichtung, namentlich von einem vertragsmäßigen Verhältniß in diesem Patent keine Rede ist. Dann heißt es:

> Dagegen vereinigen Wir die übrigen Landschaften, welchen Wir von Westpreußen den jetzigen Cronschen und den Kaminschen Kreis als ehemalige Theile des Netzedistrikts hinzufügen, zu einer besonderen Provinz, und werden dieselbe unter dem Namen des Großherzogthums Posen besitzen, nehmen auch den Titel eines Großherzogs von Posen in Unserem Königlichen Titel und das Wappen der Provinz in das Wappen Unseres Königreichs auf. Indem Wir Unserem Generallieutenant v. Thümen den Befehl gegeben haben, den an Uns zurückgefallenen Theil Unserer früheren polnischen Provinzen mit Unseren Truppen zu besetzen, haben Wir ihm zugleich aufgetragen, denselben in Gemeinschaft mit Unserem zum Oberpräsidenten des Großherzogthums Posen ernannten wirklichen Geheimrathe von Zerboni di Sposetti förmlich in Besitz zu nehmen.
>
> Da die Zeitumstände es nicht gestatten, daß Wir die Erbhuldigung persönlich empfangen,

— es ist also nicht mal ein Huldigungsrevers oder etwas der Art vorgekommen —

> so haben Wir zur Annahme derselben den zu Unserm Statthalter im Großherzogthum Posen ernannten Fürsten Anton Radziwill Liebden ausersehen und ihn bevollmächtigt, in Unserm Namen die deshalb nöthigen Verfügungen zu treffen. Das zu Urkund 2c. 2c.

Daß hier nichts von einem Vertrage drin steht, werden Sie mir zugeben.

Vom gleichen Tage ist ohne Bezeichnung als Besitzergreifungspatent, lediglich als eine Aussprache des Wohlwollens des Königs in Bezug auf seine Provinz Posen an die Einwohner des Großherzogthums Posen, das Folgende bekannt gegeben mit der Unterschrift: „Friedrich Wilhelm".

> Indem Ich durch Mein Besitznahme-Patent vom heutigen Tage denjenigen Theil der ursprüng-

lich zu Preußen gehörigen, an Meine Staaten zurückgefallenen Distrikte des bisherigen Herzogthums Warschau in ihre uralten Verhältnisse zurückgeführt habe, bin Ich bedacht gewesen, auch Eure Verhältnisse festzusetzen; auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten.

Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Konstitution Theil nehmen, welche Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige,

— das ist geschehen —

und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten.

Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dotirung ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigenthum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Berathung Ihr künftig zugezogen werden sollt.

Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und Jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeit der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, sowie zu allen Aemtern, Ehren und Würden Meines Reiches offen stehen.

Mein unter Euch geborener Statthalter wird bei Euch residiren.

— Ist das auch etwa eine ewige Einrichtung? —

Er wird mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen, und Euch mit den Absichten Meiner Regierung bekannt machen.

— Dazu ist die Einleitung, die ich schon verlas. —

Euer Mitbürger, Mein Oberpräsident

— das war Herr von Zerboni —

wird das Großherzogthum nach den von Mir erhaltenen Anweisungen organisiren

— also auch keine bestimmte Organisation ist versprochen worden —

und bis zur vollendeten Organisation in allen Zweigen verwalten. Er wird bei dieser Gelegenheit von den sich unter Euch gebildeten Geschäftsmännern den Gebrauch machen, zu dem sich ihre Kenntnisse und Euer Vertrauen eignen. Nach vollendeter Organisation werden die allgemein vorgeschriebenen Ressortverhältnisse eintreten.

Es ist Mein ernstlicher Wille, daß das Vergangene einer völligen Vergessenheit übergeben werde.

— Das ist wohl nicht der Fall gewesen. (Heiterkeit.) —

Meine ausschließliche Sorgfalt gehört der Zukunft; in ihr hoffe Ich die Mittel zu finden, das über seine Kräfte angestrengte, tieferschöpfte Land noch einmal auf den Weg zu seinem Wohlstande zurückzuführen.

Wichtige Erfahrungen haben Euch auch gereift. Ich hoffe, auf Eure Anerkenntniß rechnen zu dürfen.

Nun, in dieser Hoffnung hat der König sich vollständig getäuscht. (Heiterkeit rechts.) Das ist nichts weiter, als der Ausdruck eines für seine Unterthanen wohlwollenden königlichen Herzens über die Art und Weise, wie er seine Polen regieren wollte. Wie Sie mir aber ein juristisches Titelchen zur Unterlage irgend eines Anspruchs daraus herleiten können, das möchte ich noch erst mal erleben. Ich habe mir absichtlich, so sauer es mir wird, die Mühe gegeben, den Wortlaut zu verlesen, damit dieses in dunklen Nimbus gehüllte Aktenstück, „Besitzergreifungspatent", wie es immer genannt wird, mehr als bisher bekannt werde. Also ich wiederhole, daß die Berufung, von der ich gestern sprach, auf die Behauptung sich bezieht, die Polen könnten aus der Proklamation Rechte herleiten. Vor der Proklamation habe ich alle Ehrerbietung, die ich meinem Monarchen schuldig bin; darüber wird kein Zweifel sein.

Ebenso hat der Herr Abgeordnete meine ehrerbietige und dankbare Gesinnung für den König Friedrich Wilhelm IV. in Zweifel zu ziehen gesucht, indem er sagte: nennt man doch jetzt schon die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. einen Mißgriff. Nun, meine Herren, wo habe ich das gesagt? Ich habe gesagt: der Glaube, der 1840 den hochseligen König bewog, das Flottwellsche System zu unterbrechen und ein anderes, der polnischen Aristokratie wohlgefälligeres einzuführen, war der Irrthum eines edlen Herzens — so ungefähr habe ich mich ausgedrückt. Aber wie weit davon ist der Sprung bis zu der Behauptung, es würde jetzt — also doch wohl von mir — die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. als ein Mißgriff bezeichnet! Das erinnert mich wieder an das: „Vor Tisch las man es anders." Aber vielleicht semper haeret aliquid.

Wir haben — der Herr Abg. Windthorst und ich — immer in so großen und bedeutsamen Verhältnissen mit einander zu kämpfen, wir sind beide alte Leute und kennen uns lange; ich sollte meinen, wir könnten uns gegenüber auf solche kleine Kniffe und Pfiffe, dem anderen eins anzuhängen, doch wohl verzichten. (Große Heiterkeit.) Ich möchte wenigstens mich dagegen verwahren, daß ich meinerseits die persönlichen Eigenschaften meines Gegners jemals in einer ähnlichen Weise verdächtigt habe. Ich habe immer nur seine politische Richtung bekämpft; ich habe nicht einmal die Gesinnung, mit der er auf seinen jetzigen Monarchen sieht, einer Kritik zu irgend einer Zeit zu unterziehen versucht.

Nothwehrrecht Preußens gegenüber den polnischen Bestrebungen.

Der Herr Vorredner sagt ferner:

In der Verfassung steht: die Preußen, also auch die polnischen Preußen, sind vor dem Gesetze gleich. Es ist hier ein mit der Verfassung unvereinbarer Ausnahmezustand proklamirt worden.

Nun, meine Herren, diese Gleichheit vor dem Gesetz erleidet doch manche Unterschiede. Man könnte mit demselben Recht sie auch in dem Falle anwenden, daß wegen einer Eisenbahn ein preußischer Unterthan expropriirt wird, derselbe könnte nun verlangen, daß alle Preußen, die ja vor dem Gesetze gleich sind, auch expropriirt werden sollen. (Oh! oh! im Zentrum.) Ganz genau stimmt das mit dieser Logik. Ich habe von der Möglichkeit gesprochen, den polnischen Adel zu expropriiren — und ich glaube, darauf bezieht sich das „vor dem Gesetz gleich". Auch die Sozialdemokraten haben ganz gewiß vollen Anspruch auf die Gleichheit vor dem Gesetze; man könnte nun umgekehrt schließen, daß die Polen auch den Anspruch auf ein ähnliches Verfahren der Gesetze, wie es den Sozialdemokraten gegenüber besteht, deduziren können. So weit sind wir nun gar nicht gegangen. Aber das ist doch wohl nur eine ornamentale Phrase und kein durchschlagendes Argument.

Dann sagt der Herr Abgeordnete weiter in Bezug auf die Möglichkeit der Expropriation des gesammten polnischen Adels, über die ich mich aussprach:

Wo bleibt denn da die Rechtssicherheit in Deutschland und in Preußen?

Die ist ja noch in keiner Weise beeinträchtigt. Ja, wenn wir einfach konfisziren wollten, wie man das in anderen Ländern wohl thut, wenn man die Güter unentgeltlich einzöge! Das ist ja viel, viel wohlfeiler. (Heiterkeit.) Ich sehe nicht ein, wie er darauf kommt. Es ist dies ein Akt der Nothwendigkeit, in dem der preußische Staat sich befindet dem polnischen Adel gegenüber. Im Kriege geschieht auch Manches, wobei man die Gleichheit vor dem Gesetz vollständig aus den Augen verliert. Ein Staat, der um seine Existenz kämpft, ist schließlich im Kriege und im Frieden nicht immer in der Lage, sich in den gewohnten Geleisen zu halten, und darin, daß er das nicht ist, besteht gerade die Rechtssicherheit. Wenn wir das anders auffassen wollten, dann würden wir in die Lage kommen, wie sie ein französischer Staatsmann vor etwa 20 Jahren mit den Worten schildert: C'est la légalité qui nous tue — Wir halten an dem Gesetz fest und wenn wir darüber zu Grunde gehen. Dieses „la légalité nous tue" hat eben sein Gegengewicht in dem Nothwehrrecht des Staats, sobald seine Existenz gefährdet ist und in Zweifel geräth.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er wünsche durchaus nicht, daß in irgend einem Landestheil das deutsche Element zurückginge. Ja, er wünscht eine Menge Sachen nicht, er wünscht auch Attentate auf meine Person nicht; er wünscht nicht, daß die deutsche Nationalität irgendwie zurückgehe, aber er läßt es zu und er thut thatsächlich alles, was dieses Zurückdrängen des deutschen Elementes zu erleichtern und möglich zu machen geeignet ist. Also ich finde da doch keine vollständige Entschuldigung seines Verhaltens.

Manche Leute sagen schon: Thut nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken, der Abgeordnete aber verlangt sogar: beurtheilt mich nach meinen Worten, aber sehet meine Werke gar nicht an. Ich kann mich damit nicht begnügen, ich bin gewohnt, dem Gegner auf die Finger zu sehen.

Die polnischen Damen.

Nur beiläufig will ich bemerken, daß der Redner mich doch bei den polnischen Damen nicht in den Verdacht bringen möge, als hätte ich ihre Liebenswürdigkeit bezweifelt; im Gegentheil, es giebt keine höhere Anerkennung dieser Eigenschaft, als die, daß ich von der Bedeutung ihres politischen Einflusses spreche und von den gefährlichen Wirkungen ihrer Liebenswürdigkeit. Diese Bewunderung der polnischen Damen theile ich vollkommen, aber an der Regierung des preußischen Staates möchte ich ihnen doch so wenig wie möglich Antheil gönnen. (Große Heiterkeit.)

Der polnische Bauer und der polnische Edelmann.

Dann hat der Herr Vorredner wieder, wie schon oft, die Andeutung gemacht, die Polen, das 18. Regiment, habe sich bei Düppel und das 5. Armeekorps in Frankreich tapfer geschlagen, habe man das vergessen. Nein, meine Herren, das hat man gewiß nicht vergessen. Der Herr Kriegsminister hat schon vorher in dem Sinne gesprochen, und ich brauche seiner Anerkennung der Polen als Soldaten nichts hinzuzufügen; vor Düppel liegt gewiß eine Menge polnischer Soldaten und Bauern begraben, aber ich frage: liegt da ein einziger polnischer Edelmann begraben, und liegt in Frankreich ein polnischer Edelmann begraben? (Zuruf: ja!) Hat der polnische Adel in demselben Maße wie der polnische Bauern- und Bürgerstand sich mit seinem Blut an der Vertheidigung des preußischen Staats nach allen Seiten hin betheiligt? Darüber erwarte ich doch noch einen Beweis, und bis zum erfolgten Beweis bestreite ich das. Er hat seine Tapferkeit überall, über alle Bedenken erhaben, nach allen Seiten hin bewiesen, aber leider selten oder nie im Interesse des preußischen Staats, sehr häufig im entgegengesetzten Interesse. Sie haben aus meiner gestrigen Aeußerung gesehen, daß ich alle die Maßregeln, die ich vorschlage, nicht gegen Polen im Allgemeinen richte. Den polnischen Bauer halte ich im Gegentheil für einen treuen preußischen Unterthanen, wenn er nicht durch andere Einflüsse künstlich zu anderer Meinung verleitet wird. Der polnische Bauer weiß sehr gut, wie es seinem Vater und Großvater ergangen ist, und wie es in anderen Ländern geht; er wünscht keine Rückkehr zu einem unabhängigen Polen und zu einer neuen Adelsrepublik. Deshalb hängt er in letzter Instanz immer an seinem preußischen König und Herrn; sie haben über den nicht zu klagen. Wir wollen seine Sprache nicht anfeinden, wir wollen ihm nur die Möglichkeit geben, deutsch zu verstehen und ihm die Vortheile der Zugehörigkeit zum preußischen Staat durch das Organ, durch das Licht, das von deutscher Seite hineinfällt, noch mehr vor Augen führen.

Ich bitte doch, da einen strengen Unterschied zu machen, dies fest zu halten und mir nicht wieder mit dem Argument zu kommen, daß die polnischen Soldaten für Preußen ihr Blut vergossen haben, und daß es eine Undankbarkeit wäre, wenn man nicht, in Anerkennung dessen, die Hand dazu bieten wollte, die erste Stufe zur Wiederherstellung der polnischen Republik und Adelsherrschaft ihnen selbst zu erbauen. Das Argument ist gerade so hinfällig wie das analoge, das von Seiten der Zentrumspartei uns mitunter vorgehalten wird: die katholischen Soldaten hätten ebenso gut für Deutschland gekämpft wie die protestantischen. Ja, meine Herren, das hat Niemand anders erwartet, und das ist sehr natürlich. Haben Sie irgendwie je die Befürchtung gehabt, daß, wenn das Vaterland in Gefahr wäre, unsere katholischen Landsleute zu Hause bleiben würden? Ich habe sie niemals gehabt, weder für die katholischen, noch für die polnischen. (Bravo! rechts.) Aber ein Argument für unsere Gesetzgebung kann ich aus der Thatsache, daß Jeder von uns als Soldat seine Schuldigkeit thut, doch nicht entnehmen.

Unwahrheit der Behauptung des Abgeordneten Richter, daß der Reichskanzler einen Staatsstreich beabsichtige.

Die übrigen Aeußerungen des Herrn Abg. Windthorst will ich mit Stillschweigen übergehen; nur insoweit, als sie sich decken mit einer Aeußerung, die der Abg. Richter gestern im Reichstage machte, muß ich noch auf dieselben zurückkommen. Wenn der Bericht richtig ist, so hat der Abg. Richter die Auszählung der Präsenzzahl im Reichstage damit motivirt, daß der Reichskanzler im Landtage mit dem Staatsstreich drohe, um das Branntweinmonopol durchzubringen. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie werden das Alle gleich mir gelesen haben. Ich habe es ja nicht gehört, aber in allen Zeitungen steht's, auch in dem mir hier vorliegenden Berichte:

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): In diesem Augenblick bedroht der Herr Reichskanzler im Abgeordnetenhause für den Fall, daß der Reichstag Obstruktionspolitik treibt, also das Branntweinmonopol ablehnt, den Reichstag mehr oder minder deutlich mit Staatsstreichen.

(Hört, hört!)

Nun, meine Herren, inwieweit das wahr ist, was der Herr Abg. Richter gesagt hat, dafür habe ich ja hier 3—400 Zeugen; dieselben werden mir bekunden, daß der Abg. Richter eine objektive, ihm selbst ohne Zweifel als solche nicht bekannte Unwahrheit ausgesprochen hat. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe von Staatsstreichen überhaupt nicht gesprochen. Nachdem der Herr Abgeordnete dieses Thema einmal hier mit der gegenwärtigen Debatte verknüpft hat, könnte ich doch viel eher ihn anklagen, daß er für seine Schnapspolitik — er hat das Wort auf mich einmal angewendet, aber ich kann ihm dasselbe jetzt mit vollem Recht zurückgeben, da er an der Spitze der alliirten Schankwirthe Vorlagen der Reichsregierung, die sie noch gar nicht gemacht hat, gegenübertritt —, daß er dafür im Lande wirkt und das Wohl des Landes dadurch mehr gefährdet, als ich durch meine angebliche Staatsstreichdrohung.

Ich habe eine solche Drohung nicht ausgesprochen und bin überzeugt, der Abg. Richter kann doch kaum einen anderen Grund gehabt haben, dies zu sagen, als damit es mit dem Reichstagsprotokoll in die Zeitungen komme, das wird auch geschehen — ich muß also auch meine Widerlegung dagegen in die Zeitung bringen.

Ich habe gestern weiter nichts gethan, als einen besorglichen Blick in die Zukunft zu werfen, wie es mit uns werden würde, wenn im Reichstag die Majorität, die jetzt da ist, die herrschende bleibt. Vom Branntweinmonopol sehe ich dabei ganz ab; wenn die Herren das ablehnen, nun dann werden wir es nicht haben, wir werden auch die Gelder nicht haben, die wir davon erwarten, wir werden die Bedürfnisse nicht befriedigen, wie wir erwartet haben, wir werden auch den Gemeinden nicht zu Hülfe kommen, die Noth leiden, und wir werden die direkten Steuern nicht mindern. Das Alles ist ja für uns sehr bedauerlich, aber es trifft die Personen, die gerade in der Regierung sind, nicht viel härter als die Anderen; wir müssen uns das Uebel gefallen lassen, wir gehören zu den Achivi die plectuntur, wenn der Reichstag solche Beschlüsse faßt. (Heiterkeit.)

Der Punkt, auf den ich gestern hindeutete — der Abg. Richter nennt es Staatsstreich, während ich behaupte, daß in einem besseren als in dem Windthorstschen Sinne dieser Staatsstreich sich in ganz legalen Bahnen bewegen werde — der Punkt ist nur der, daß, wenn der Reichstag die Erwartungen nicht erfüllt, die Deutschland von ihm hegt, die verbündeten Regierungen ihrerseits sehen müssen, wie sie sich helfen können, ohne der Verfassung und dem Reichstage Gewalt anzuthun. Das nächstliegende Mittel ist, daß sie sich ihren eigenen Landtagen wieder mehr nähern, die Beziehungen zu ihnen pflegen und stärken und sich von den vergeblichen Bemühungen, beim Reichstage irgend etwas im Interesse des Reichs zu erreichen

ausruhen. Wir haben keine Verpflichtung, uns im Reichstage vertreten zu lassen; von der Berechtigung, die wir dazu haben, würden wir dann vielleicht einen spärlicheren Gebrauch machen als bisher, und ich würde öfter die Freude haben, in diesen Räumen Sie wiederzusehen. (Bravo! rechts.)

Möglichkeit einer Besteuerung des Schnaps in Form einer Lizenzsteuer; darunter wird der Schankwirth am schwersten leiden.

Wir werden uns dann vielleicht an Ihr Wohlwollen wenden müssen mit einer ähnlichen Vorlage, wie wir sie vor drei Jahren schon einmal gemacht haben, um zu sehen, ob wir den Schnaps, dessen Besteuerung uns der Reichstag in der von uns vorgebrachten Form verweigert, nicht etwa in der Form einer Lizenzsteuer, als Gewerbesteuer treffen können — oder etwas dem Annäherndes. (Hört!) Es wird, glaube ich, für die dabei zunächst betheiligten Schankwirthe nützlich sein, zu erwägen, daß, wenn es gelingt, den Monopolstrom aufzuhalten, man sich naturgemäß in Preußen in erster Linie gegen die Schankwirthe wenden wird, und zwar nicht nur gegen diejenigen, die Branntwein ausschenken, sondern gegen das Gewerbe im Allgemeinen. Wir werden bis zu einem gewissen Grade die Gewerbesteuer so weit steigern können, daß wir eine Erhöhung des Branntweinpreises damit erzwingen und eine Verminderung des Gebrauches. Wir werden auf dem Wege der preußischen Gesetzgebung und der preußischen Instruktion die Bedürfnißfrage so stellen können, daß wir nicht mehr auf 190 oder gar 150 Einwohner eine Schankwirthschaft behalten, ohne daß deshalb der Ertrag der Gewerbesteuer, die die Schankwirthe zu zahlen haben, vermindert wird. Die übrig bleibende Zahl der Schankwirthe würde immer dieselbe Masse Steuern aufbringen müssen, die verlangt wird, und diese Steuer würde so hoch sein, daß sie den Branntwein, wenn nicht um den vollen Betrag der Monopolpreise, doch so erheblich steigerte, daß wir anstatt des Betrages von 14 Millionen, den wir bei der geringen Lizenzsteuer vor drei Jahren ins Auge gefaßt hatten, vielleicht den zehnfachen Betrag erwarten können. (Sehr richtig!)

Das würde uns schon erheblich weiter helfen. Ich glaube, daß dann doch die Schankwirthe sich nach der Monopolmöglichkeit, die ihnen geboten war, zurücksehnen werden, da das Monopol doch den Hauptgegenstand des Schankbetriebes, das Bier, vollständig frei läßt. Eine Gewerbesteuer von dieser Höhe auf die Schankwirthe gelegt bei der gemeinsamen Haftbarkeit für den Gesammtbetrag, der den Preis des Liters Branntwein auf eine rentable Höhe steigern würde — das würde, glaube ich, den Herren noch unbequemer werden.

Ich weiß nicht, ob dem Herrn Abg. Richter diese Darlegung meiner Absichten genügt. Der Abg. Windthorst hat, glaube ich, gesagt, man habe das Recht, zu fordern, daß den dunklen Drohungen, die ich ausgesprochen habe, ein etwas deutlicherer Ausdruck gegeben werde. Das ist vor der Hand klar genug. (Ruf des Abg. Windthorst: Vor der Hand!) In anderer Beziehung werden wir, da der Reichstag die Hülfe, auf die wir, glaube ich, verfassungsmäßig und nach der Ueberzeugung der Nation einen Anspruch haben, in einer unsers Erachtens unbilligen Weise versagt hat, eben andere Wege finden. Es werden dadurch, was ich sehr beklage, — denn ich muß ja der Politik, die ich bisher verfolgt habe, einigermaßen Halt gebieten — es werden dadurch die Beziehungen der Bundesstaaten zum Reichstage sich mindern, ihr Bett wird etwas trockener gelegt werden, als es bisher der Fall ist. Die Hoffnungen, die wir an die Belebung gerade dieses Organes des Reiches geknüpft hatten, haben sich eben nicht verwirklicht. Wenn auf diese Weise die Lebendigkeit der Beziehungen der Bundesstaaten zum Reichstage sich mindert, und wenn das lange dauert, dann kann es in der That bedenkliche Folgen haben. Solche Sachen rosten dabei ein und veralten, und es wird kaum möglich sein, trotz aller Bestrebungen der verbündeten Regierungen, das Ansehen des Reichstags auf der Höhe zu erhalten, auf der wir es zu erhalten wünschen, wenn der Reichstag uns nicht Gelegenheit giebt, Geschäfte mit ihm zu machen. (Heiterkeit.)

Aehnlichkeit unserer Verhältnisse mit den englischen; die Parnelliten und die Polen; das Zentrum und die Fortschrittspartei dienen den Polen als Piedestal.

Die Beispiele des Auslandes sind ja darin oft recht lehrreich. Wir sind bei uns nach den Parteiverhältnissen in einer sehr ähnlichen Situation, wie die englische Nation. Dort ist auch eine Basis intransigenter Opposition in Gestalt einer nationalen Oppositionspartei, der Irländer, der Parnelliten, die es ihrerseits als ersten Wunsch betrachten, vom britischen Reiche getrennt zu werden, und die deshalb auf die Schicksale, auf die Art, wie es dem britischen Reiche in seiner jetzigen Zusammensetzung ergeht, nicht ein so sehr großes Gewicht legen. Gedeiht es dem Lande zum Schaden, dann machen sie sich nicht viel daraus; ihr Hauptziel ist: los von England!

Diesen Parnelliten analog haben wir bei uns eine Anzahl Intransigenten, die, theils vermöge ihrer Neigung zur Wiederherstellung Polens, theils vermöge ihrer Neigung zu Frankreich, theils — (oho! links). Sie fühlen sich getroffen, meine Herren, das hätte ich kaum erwartet (große Heiterkeit rechts), ich bin überrascht. Wen's juckt, der kratzt sich unwillkürlich. (Heiterkeit rechts.) Ich hatte nicht die Absicht, diese Worte an S i e zu richten; hätten Sie mit Ihrem Oho etwas gewartet, so wäre es herausgekommen, daß ich die Elsasser meinte; — aber, so?! Sie gehören auch dazu?! Das ist mir neu! (Heiterkeit.)

Also, kurz und gut; wir haben eine Anzahl von intransigenten Parteien, die man wohl unsere Fenier nennen könnte, weil sie eben denselben staatlichen Zweck mit uns nicht anerkennen und nicht verfolgen. Sie sind ja an sich nicht mächtig genug, weder in England die Parnelliten, noch hier die Polen und sonstigen Auslandsliebhaber bei uns; aber nun treten ihnen gewisse Elemente hinzu, die zwar nicht den gleichen Zweck des Nihilismus u. s. w. mit ihnen verfolgen, die aber doch lieber noch eine Zeit lang mit ihnen gehen wollen, als daß sie Anderen das Regieren möglich machten oder erleichterten. So tritt dort die englische — Fortschrittspartei kann ich sie nur nennen — auf die Seite der Parnelliten; dadurch entsteht eine Majorität, die, wie wir in diesen Tagen gesehen haben, wieder einen Regierungswechsel herbeiführt. Ganz ähnliche Verhältnisse haben wir bei uns: wir haben einen gewissen Stock von Intransigenten uns gegenüber, ein Piedestal, auf das Jeder springt, der der augenblicklichen Regierung Verlegenheiten bereiten und sie angreifen will. Der hat dann die Herren immer zu seiner Verfügung. Daß nun bei uns das Zentrum dieser Versuchung nicht widersteht, das wundert mich so sehr nicht; denn in konfessionellen Fragen gehen die Leidenschaften so hoch, daß sie das Urtheil für die Stellung, die der Gegner einnimmt, doch in hohem Grade trüben. Um so mehr wundert es mich, daß unsere Fortschrittspartei, und namentlich diejenigen Herren darunter, die früher das schöne Wort „nationalliberal" für sich in Anspruch nahmen, auf diese Weise mitgehen, und ich darf wohl sagen, auf den Rechtsboden des Deutschen Reiches in einer Weise loswirthschaften, daß ich mich freuen will, wenn er das auf die Dauer aushält. In England ist das Mittel gegen eine derartige Opposition sehr leicht gegeben, man sagt zu dem Führer der betheiligten Opposition: gut, ich trete zurück, sei du so gut und übernimm das Ministerium. In England gilt es für unpratiotisch, ja, ich kann sagen, für unanständig, Opposition zu machen, wenn man nicht bereit ist, denjenigen, denen man opponirt, die Regierung aus der Hand und sie selbst zu übernehmen, um es besser zu machen. Ich befinde mich nun seit bald einem Vierteljahrhundert ausschließlich einer unfruchtbaren negirenden Kritik gegenüber, und noch nie bin ich in der Lage gewesen, meine Gegner mit irgend einer Aussicht auf Erfolg auffordern zu können: nun gut, versuchen Sie es doch mal; ich will mich mal auf die Bank der Opposition setzen (Bewegung), — spielen Sie das Stück auf der Bühne weiter, ich will ins Parquet gehen und zusehen und klatschen oder zischen. Das ist ja bei uns anders. Es ist so leicht, so unfruchtbar, Alles zu negiren, Alles schlecht zu finden — jedes Ding hat zwei Seiten — und sicher zu sein, daß man nie auf die Probe gestellt werden kann, selbst zu versuchen, es besser zu machen. **La critique est aisée, et l'art est difficile.** Ein Kritiker wie Lessing hat sich noch nie damit geschmeichelt, daß er selbst, wenn er Laokoon kritisirte, im Stande wäre, irgend ein Bildhauer zu sein. Ich kann versichern, die Politik ist keine Wissenschaft, die man lernen kann, sie ist eine Kunst, und wer sie nicht kann, der bleibt besser davon. (Heiterkeit.)

In England ist das anders, und Gladstone wird jetzt zum zweiten oder zum dritten Male zeigen, ob er im Stande ist, den Staatswagen zu fahren; wenn sich ihm eine Majorität dafür versagt, oder wenn er nicht im Stande ist, die Parnelliten zu befriedigen, so wird wiederum vielleicht Salisbury eintreten. Ich habe diese Ablösung hier nicht. Sie würden es kaum für ernsthaft halten, wenn ich sie im Reiche oder hier versuchte; im Reich könnte ich doch nur den Herrn Abg. Windthorst als den Hervorragendsten der Opposition bitten, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Ich würde mich freuen, ihn im Amt zu sehen, ich fürchte aber, er nimmt es nicht an (Heiterkeit); und ich fürchte noch eins: Se. Majestät der Kaiser hat vielleicht nicht dieselbe Ueberzeugung von seiner Zuverlässigkeit und seiner Begabung, wie ich. Ich habe wenigstens auf meine Sondirungen bei Sr. Majestät früher einmal keine Neigung dafür gefunden. (Große Heiterkeit.) Ich habe Se. Majestät ernstlich gebeten, mir die Genugthuung zu gewähren, meinen Gegnern doch einmal das Ministerium anzubieten, ihnen Gelegenheit zu geben, daß sie alle die Fehler und Missethaten, deren sie mich anklagen, ihrerseits nun vermeiden, und den Staat zur Befriedigung der Mehrzahl seiner Einwohner regieren. Aber ich kann meinen Allergnädigsten Herrn gegen seinen Willen nicht zwingen. Er hat mir gesagt, er sei zu hoch bei Jahren, um Experimente zu machen. (Heiterkeit.)

Ebenso ist es hier im Abgeordnetenhause; wenn die höchste vertretende Körperschaft im Lande, der Reichstag, ohne allen Beruf und Anlaß dem preußischen Ministerium ein Mißtrauensvotum giebt, ohne irgendwie provozirt zu sein, lediglich unter dem Eindruck der aggressiven Triebkraft, von der der Abg. Windthorst Zeugniß ablegte, dann wäre es bei regelmäßigen konstitutionellen Verhältnissen doch natürlich, daß ein preußisches Ministerium, dessen Präsident zugleich Reichskanzler ist, und der zugleich die preußischen Stimmen im Reich zu führen und zu vertreten hat, zurücktritt. Es ist nun möglich, daß Sie hier, der Herr Abg. Windthorst immer voran, bereit sind, meine Stelle als Ministerpräsident zu übernehmen und dann als Führer der Majorität an der Spitze zu stehen, dem Abg. Bebel vielleicht dann das Ministerium des Innern anzuvertrauen, den Abgg. Richter und Rickert das Finanz- und Handelsministerium zu geben. (Heiterkeit. Oho!) Ja, meine Herren, das wäre doch eine ganz natürliche Sache, wer sollte es denn anders thun? Wenn man nicht die Nachfolger aus diesen Herren, die das Regieren unmöglich machen oder sehr erschweren, nimmt, dann kann man sie ja gar nicht in die Lage bringen, zu zeigen, daß sie es besser können. Dann kommt das Volk gar nicht zu seiner Rechnung, dann sieht es nicht, ob diese großen und lichtvollen Kritiker im Stande sind, irgend etwas besser zu machen, als die bisherigen Minister. Damit das Land sich die Folgen und die Verantwortlichkeit seiner Wahlen klar vor Augen hält, würde ich mich heute, wenn ich irgend Se. Majestät dazu vermögen könnte, was ich leider bis jetzt nicht konnte, darauf bestehen, daß dieser Versuch gemacht werde, das Land würde dann sehen, wohin es mit den von ihm und seiner Majorität gewählten Staatsmännern kommt, und wir selbst würden es sehen. Vielleicht irren wir uns in ihnen, vielleicht machen sie es so ausgezeichnet, daß ich der Erste bin, der zu dem Herrn Windthorst sagt: **pater peccavi**, bleiben Sie an Ihrer Stelle. Daß dieser Versuch nie gemacht werden kann, ist eine Härte für mich, die Sie zu etwas mehr Schonung, ich will nicht sagen, für meine Person, aber in Ihren Angriffen auf die Konsistenz und Weiterentwickelung des Reichs veranlassen sollte; ein Sicherheitsventil, wie der Ministerwechsel in England, ist nun einmal bei uns nicht vorhanden, wenigstens für den Augenblick funktionirt es nicht.

Nun, ich hoffe, Herr Richter und seine Freunde werden sich nun einigermaßen über die gefährlichen Gedanken meines Staatsstreichs zur Durchführung des Monopols beruhigt haben, und ich erwartete von ihm, daß er nun auch die Ehrlichkeit haben werde, in den vielen Blättern, die von ihm abhängig sind, kund zu geben, er habe sich geirrt in seiner Behauptung, als er ohne Grund vor dem Reichstage in das Sprachrohr gestoßen. Ich beabsichtige keinen Staatsstreich in Bezug auf das Monopol, nicht einmal eine Auflösung, kann ich Ihnen sagen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin, Wilhelmstr. 32.